

98 | 2009
Viola Neu

Rechts- und Linksextremismus in Deutschland

WAHLVERHALTEN UND
EINSTELLUNGEN

ZUKUNFTSFORUM
POL



ISBN 978-3-940955-61-9

www.kas.de

 Konrad
Adenauer
Stiftung

INHALT

5		ZUSAMMENFASSUNG	
9		VORBEMERKUNG	
11		DIE WAHL EXTREMISTISCHER PARTEIEN: STAND DER WAHLFORSCHUNG	
		▪ <i>Die Wähler extremistischer Parteien</i>	15
38		DIE MESSUNG VON EXTREMISMUS	
		▪ <i>Messung von Extremismus: Konkrete Probleme der Forschung</i>	43
		▪ <i>Inhaltliche Probleme bei der Messung von Extremismus</i>	47
		▪ <i>Forschungsdesiderat: Extremismusskala</i>	51
61		RECHTS- UND LINKSEXTREME EINSTELLUNGEN IN DEUTSCHLAND: EINE UMFRAGE DER KONRAD- ADENAUER-STIFTUNG	
		▪ <i>Extremistische Einstellungen in den unterschiedlichen Anhängerschaften</i>	66
		▪ <i>Extremistische Potentiale</i>	68
72		WÄHLERPOTENTIALE	
		▪ <i>Wahlmotive in den Anhängerschaften der Parteien</i>	74
77		LITERATURVERZEICHNIS	
82		DIE AUTORIN	
82		ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER- STIFTUNG	

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2009, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.*

ISBN 978-3-940955-61-6

ZUSAMMENFASSUNG

Empirische Extremismusforschung kann nach wie vor zu den Forschungsdesideraten der Wahl-, Einstellungs- und Extremismusforschung gezählt werden. Während es im Bereich Rechtsextremismus zwar einige Studien gibt, liegt das Feld des Linksextremismus fast gänzlich brach. Andere Formen des Extremismus (z.B. glaubensorientierter Fundamentalismus) haben noch keinen Einzug in die empirische Forschung gefunden. Auch wenn es eine Vielzahl von Studien gibt, die sich mit rechtsextremen Einstellungen auseinandersetzen, so zeigt sich hier in der Messung eine gewisse Uneinheitlichkeit, die dazu führt, dass die Angaben über rechtsextreme Einstellungspotentiale stark schwanken. Auch gibt es keinen Konsens darüber, wie man inhaltlich/dimensional Extremismus messen kann.

Sicherlich gibt es keinen Königsweg bei der Messung von Extremismus. Auch eine Normierung und Festlegung von „Messstandards“ würde dieses Problem nicht lösen. Die wissenschaftliche Freiheit kann und darf auch nicht beschnitten werden. Doch lassen sich Desiderata extrahieren. Dazu zählt die Erweiterung der schon breit etablierten Rechtsextremismusforschung durch die empirische Erforschung des Linksextremismus und anderer extremistischer Erscheinungsformen (religiös motivierter Extremismus). Mit dieser Studie wird ein Beitrag über die Messung von strukturellen Gemeinsamkeiten extremistischen Denkens geliefert. Neben der Frage nach der Messung des inhaltlichen Raumes werden

auch Anstöße für die Diskussion gegeben, wie man mit welchen Methoden Extremismus erheben kann.

Zu den Forschungsdesiderata gehört die Entwicklung einer extremistischen Gesamtskala. Diese sollte auf jeden Fall politische Inhalte der Extremismen sowie konstituierende Strukturelemente des extremistischen Denkens enthalten. Auf der theoretischen Ebene finden sich bei Backes¹ Hinweise, welche Dimensionen eine solche Skala enthalten sollte. Er entwickelt eine „Definitio ex positivo“ des Extremismus, in der extremistische Doktrinen auf ihre strukturellen Gemeinsamkeiten untersucht werden. Als deren Elemente definiert er: Absolutheitsanspruch, Dogmatismus, Fanatismus/Aktivismus, Utopismus/kategorischer Utopieverzicht, Freund-Feind-Stereotype und Verschwörungstheorien.

In den Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung wurde versucht, Extremismus anhand einer solchen Dimensionierung zu messen. In den Umfragen von 1997 und 2007 hat sich dieser Ansatz als gut handhabbar erwiesen. Linksextreme Einstellungen gehen einher mit Elitenkritik, Protest und der Angst, Modernisierungsverlierer zu werden. Wer zum Linksextremismus neigt, ist auch anfällig für Freund-Feind-Stereotype, Verschwörungstheorien und Utopismus. Rechtsextremistische Einstellungen gehen einher mit fremdenfeindlichen Freund-Feind-Stereotypen und Verschwörungstheorien. Es zeigt sich, dass man die strukturellen Gemeinsamkeiten ebenso wie die inhaltlichen Unterschiede mit einer solchen Skala gut erfassen kann.

Die Einstellungswelten von Demokraten und Bürgern, die auch extremistischen Aussagen zustimmen, unterscheiden sich markant. In der Anhängerschaft der Linken findet sich besonders häufig politischer Protest und Elitenkritik. Sozialistische Kernaussagen (wie die klassenlose Gesellschaft und eine starke Kapitalismuskritik) finden hier ihr größtes Unterstützerpotential (ca. ein Drittel der Anhänger der Linken). Auch die Anhänger der rechtsextremen Parteien haben das Gefühl, dass die politischen Eliten vom Volk abgekoppelt handeln. (Sozialer) Protest wird von ihnen besonders häufig geäußert. Ideologisch sehen sie zwar Ausländer als Hauptübel an, doch findet sich bei ihnen ebenso wie bei den Anhängern der Linken ein Hang zur fundamentalen Kapitalismuskritik. In beiden Anhängerschaften ist eine überdurchschnittlich große Neigung zu Verschwörungstheorien, die mit dem Gefühl von sozialer und materieller Ungerechtigkeit einhergehen, erkennbar.

Doch kann man daraus nicht die Schlussfolgerung ziehen, dass die Anhänger extremistischer und populistischer Ideologien wachsen. Oder anders formuliert: Man muss kein Extremist sein, um eine extremistische Partei zu wählen. Viele Wahlmotive stehen hinter einer solchen Entscheidung. Extremistische und populistische Parteien werden häufig aus Kritik an „denen da oben“ gewählt, gehen also mit Elitenkritik einher. Die Wahl solcher Parteien wird mit der Erwartung verbunden, dass die „normalen“ Parteien dann die Probleme lösen, die von den Extremisten/Populisten angesprochen werden. Die Anhängerschaften der rechtsextremen Parteien sowie die der Linken haben Angst, auf die Verliererseite des Lebens zu geraten, sie haben das Gefühl, die sozial Schwachen werden schlecht behandelt und die Politik wird auf dem Rücken der kleinen Leute ausgeübt.

Befragt man Anhänger von allen Parteien nach dem Motiv, warum sie eine bestimmte Partei unterstützen, ergeben sich Zusammenhänge, die einigen weitverbreiteten Wahrnehmungsmustern von Parteien nicht entsprechen. So hat die Linke aus Sicht ihrer Anhänger das „Kümmerer-Image“ keineswegs gepachtet. In allen Anhängerschaften wird die jeweils präferierte Partei als diejenige wahrgenommen, die sich um die Menschen kümmert. Lediglich die FDP-Anhänger sehen dieses Image nicht mehrheitlich bei ihrer Partei verankert. Auch unterscheiden sich die Anhänger der demokratischen Parteien – aber auch der Linken – in ihrer empfundenen weltanschaulichen Nähe zu den Parteien. Die wahrgenommene Nähe zu den eigenen Überzeugungen kristallisiert sich bei allen Anhängerschaften außer der rechtsextremen als eines der Hauptmotive für die Unterstützung heraus. Die Anhänger der rechtsextremistischen Parteien weichen von diesem Schema ab. Protestwahlmotive und eine schwächer ausgeprägte weltanschauliche Nähe sind hier signifikant. Die Anhänger der Linken fühlen sich besonders stark von der Formulierung von Kritik („Ich wähle die Partei, weil sie sagt, was falsch läuft“) angezogen.

Insgesamt teilen 2007 deutlich weniger Bürger als 1997 extremistische und populistische Auffassungen. Nur Minderheiten lehnen die Demokratie fundamental ab und sehen in einer Diktatur eine Alternative. 7,1 Prozent lehnen die Demokratie stark ab. 4,1 Prozent können zum überzeugten Kern der Demokratieablehner und Diktaturbefürworter gerechnet werden.

1/ Vgl. Backes, 1989, S. 328

VORBEMERKUNG

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist dem antitotalitären Grundkonsens verpflichtet. Daher steht jegliche Form des Extremismus im Fokus der Auseinandersetzung. Dabei ist jedoch sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Forschung eine gewisse Schiefelage feststellbar. Linksextremismus wird im öffentlichen Diskurs fast gar nicht wahrgenommen und die mediale Öffentlichkeit, aber auch die Forschung konzentriert sich überwiegend auf den Rechtsextremismus. Eine der Ursachen hierfür ist sicherlich, dass der viel beschworene antitotalitäre Grundkonsens in großen Teilen der Linken nie akzeptiert wurde. Sie argumentieren, dass es keinen Linksextremismus geben könne, da dieser nur die „Abschaffung des Kapitalismus“ anstrebe, während der Rechtsextremismus von seiner Natur her grundsätzlich antidemokratisch sei. In den Themensetzungen der Forschung spiegelt sich dies indirekt wider: Es existieren recht umfassende (empirische) Analysen zum Rechtsextremismus, während es aus empirischer Sicht so gut wie keine Erkenntnisse über den Linksextremismus gibt.

Mit dieser Studie will die Konrad-Adenauer-Stiftung einen Beitrag zur empirischen Extremismusforschung leisten. Der Forschungsansatz, den die Konrad-Adenauer-Stiftung in ihrer repräsentativen Umfrage verfolgt, geht davon aus, dass Rechts- und Linksextremismus auch in den Köpfen der Menschen auf vergleichbaren Strukturelementen beruhen (z.B. Utopismus/Chiliasmus, Verschwörungstheorien,

Freund-Feind-Stereotype, politischer Protest, Elitenkritik). Sie will damit unterschiedliche Formen extremistischen Denkens erfassen und die gemeinsamen Wesensmerkmale herausarbeiten, die allen Extremismen eigen sind. Extremismus wird hier als „Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen“ definiert, „die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen“.¹

1| Vgl. Backes / Jesse, 1996, S. 45.

DIE WAHL EXTREMISTISCHER PARTEIEN: STAND DER WAHLFORSCHUNG

Die klassische Frage „Wer wählt wen warum?“ stellt die Wahlforschung im Falle der Wahl extremistischer Parteien vor noch größere Herausforderungen als bei der Wahl demokratischer Parteien. Generell lebt die Wahlforschung von drei theoretischen Erklärungsmustern: den soziologischen Ansätzen (Mikro- und Makroebene), den sozialpsychologisch begründeten Deutungen und der Rationalen Theorie. Der mikrosoziologische Ansatz, der von Paul Lazarsfeld in die Wahlforschung eingebracht wurde, geht von einer Wahlentscheidung aus, die durch die sozialstrukturell messbare Gruppenzugehörigkeit stark determiniert ist. Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan haben einen ähnlichen Denkansatz, der das Aufkommen und den Erfolg von Parteien auf der Makroebene erklärt. Die Forschergruppe um Angus Campbell hat ein sozialpsychologisch gestütztes Theoriemodell entwickelt. In dem multikausalen Modell wird das Wahlverhalten aus der Trias von langfristiger Parteibindung (auch Parteiidentifikation) und den eher kurzfristigen Orientierungen an politischen Sachfragen und Kandidaten erklärt. Der *Rational-Choice*-Theorie von Anthony Downs (auch „Ökonomische Theorie“) liegt die Annahme zugrunde, dass Parteien, Politiker und Wähler rationale Akteure sind und sich wie auf einem „Wählermarkt“ nach Nützlichkeitsannahmen verhalten.

Fast die gesamte Wahlforschung orientiert sich mehr oder weniger explizit an diesen drei Modellen. Mit einer Ausnahme: der Wahl extremistischer Parteien. Und dies ist erklärungsbedürftig. Denn plötzlich finden sich Ideen und Konzepte anderer wissenschaftlicher Disziplinen, welche sonst nicht zur Anwendung kommen. Während die Wahlforschung gegenüber jeder Form des „Psychologismus“ eher ablehnend bis skeptisch auftritt, leben plötzlich selbst methodisch wie theoretisch bedenkliche Modelle wieder auf (z.B. die Studien von Theodor W. Adorno zum autoritären Charakter). Erklärungsbedürftig ist, warum die Wahl extremistischer Parteien als pathologisch (bzw. „normale Pathologie“) bezeichnet und analysiert wird. Gleichermäßen muss hinterfragt werden, warum die üblichen Erklärungsansätze nicht genutzt werden.

Kai Arzheimer sieht als Ursache für diesen eigentümlichen Umstand, dass die Extremismusforschung von Zeitzeugen der Diktaturen des 20. Jahrhunderts entwickelt wurde, die sich vor allem mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft auseinandersetzen. Für diese Forscher sei der politische Extremismus ein „erklärungsbedürftiger, möglicherweise heilbarer Defekt, der Personen, aber auch ganze Gesellschaften befallen kann“¹. Die Wahrnehmung von der Verletzbarkeit der Demokratien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatte eine tief sitzende Angst hinterlassen, die Wahl extremistischer Parteien könnte die Demokratie in ihrem Bestand und ihrem Wesen gefährden. Wahlerfolge der Extremisten werden somit als pathologische Abweichung von der Normalität in (stabilen) Demokratien betrachtet. Die „Normalwahl“ wird folglich auch mit den „normalen“ theoretischen Herleitungen erfasst, die „kranke“ Wahl extremistischer Parteien bedarf demnach auch besonderer Erklärungen. Damit wird die Suche nach den tiefer liegenden Ursachen der Wahlentscheidung legitimiert.

Wie Arzheimer² argumentiert, bezieht sich ein Teil der Erklärungsversuche auf Persönlichkeitsmerkmale, Wertorientierungen, Deprivationstheorien oder auf die politische Kultur. Gemeinsam werden von allen Forschern³ die sich kontinuierlich ändernden gesellschaftlichen Bedingungen in das Zentrum der Ursachenanalyse gerückt. Dabei ist unerheblich, ob z.B. die Globalisierung oder die westlichen Industriegesellschaften als Hintergrund für die Entstehung extremistischer Bewegungen herangezogen werden. Denn unabhängig, welche Veränderungen im Umfeld der Personen mit extremistischer Einstellung und dem entsprechenden Wahlverhalten ausgemacht werden: Die gesellschaftlichen Veränderungen

sind als kontinuierlicher Prozess zu begreifen. Daher wäre es theoretisch nahe liegend, dass dies zu einem permanenten Zuwachs für die extremen Parteien führen könnte. Da dem nicht so ist, sollte zumindest in Frage gestellt werden, ob den gesellschaftlichen Veränderungen tatsächlich die Bedeutung zukommt, die ihnen oftmals in der Literatur zugesprochen wird. Insgesamt bleibt die Frage offen, ob die klassischen Modelle der Wahlforschung nicht auch in Bezug auf die Wahl extremistischer Parteien getestet werden sollten. Als Fazit lässt sich sagen, dass es keine allgemeine Theorie gibt, die die Wahl extremistischer Parteien erklärt. Es lassen sich lediglich Bausteine erkennen.

Während die empirische Rechtsextremismusforschung⁴ in der Bundesrepublik intensiv betrieben wird, zeigen sich hingegen in der Linksextremismusforschung erhebliche Defizite. Dies gilt ebenso in der empirischen Forschung gegenüber (religions- und glaubens-)fundamentalistischen Einstellungen, die sich gegen den demokratischen Verfassungsstaat richten. Die Vernachlässigung anderer Extremismusformen legitimiert sich nicht durch das immer wieder zu lesende Argument, rechtsextreme Parteien hätten Wahlerfolge zu verzeichnen und linksextreme Parteien – sieht man von der Partei PDS/Die Linke einmal ab – fänden kaum elektoralen Zuspruch. Das Kriterium des Wahlerfolgs ist allerdings gerade bei der Untersuchung extremistischer Einstellungsdimensionen und ihrer Ursachen zu vernachlässigen. Für die Forschung steht zunächst das Unterstützerpotential genauso im Vordergrund wie die Ursachenforschung. Aufgrund dieses defizitären Umgangs mit dem Linksextremismus bzw. der Konzentration auf den Rechtsextremismus weiß z.B. niemand, welches Unterstützerpotential die linksextremen Splitterparteien der 1970er und 1980er Jahre in den alten Ländern geschaffen haben. Und dass das Argument des Wahlerfolgs nur eine Verdrängung des Problems ist, sieht man an den Studien über rechtsextreme Einstellungen: Denn gerade die erste große Untersuchung rechtsextremer Einstellungen – die SINUS-Studie⁵ – fand zu einem Zeitpunkt statt, als der parteipolitische Rechtsextremismus quasi nicht existierte und keinerlei Wahlerfolge sichtbar waren. Unbestreitbar wären auch Studien zum linksextremistischen Einstellungspotential relevant. Dies gilt gleichermäßen für das islamistisch-fundamentalistische Einstellungspotential in Deutschland – immerhin besteht auch die Möglichkeit, dass eine islamistisch-fundamentalistische Partei gegründet wird. Das Wahlverhalten von Wählern mit islamischem „Migrationshintergrund“ wäre allein schon quantitativ keine zu vernachlässigende Größe. Daher greift es zu kurz, wenn die Wahl- und

Einstellungsforschung erst bei Wahlerfolgen extremistischer Parteien mit ihrer Arbeit beginnt. Auch die Analyse von Gefährdungspotentialen für die Demokratie sollte nicht aus dem Fokus der Wahl- und Einstellungsforschung geraten.

Bislang hat sich die Wahlforschung vor allem mit den Ursachen, die zu rechtsextremen Einstellungen führen, beschäftigt und ist der Frage nachgegangen, welche Einstellungsmuster zur Wahl rechtsextremer Parteien führen. Auch die Frage, wie groß das rechtsextreme Einstellungspotential ist, wird immer wieder gestellt.

Trotz der Unterschiede der Erklärungsmodelle, gibt es auch eine Gemeinsamkeit: Sie nehmen Bezug auf die gesellschaftlichen Bedingungen und den gesellschaftlichen Wandel. In Kitschelt's⁶ Modell hängt die individuelle Positionierung auf den Achsen „libertär“-„autoritär“ sowie „Sozialismus“-„Kapitalismus“ u.a. davon ab, welche Erfahrungen im Berufsleben gemacht werden. Das Anwachsen des Rechtsextremismus seit den 1980er Jahren erklärt er mit der Globalisierung. Scheuch und Klingemann⁷ haben mit ihrer Aussage, Rechtsextremismus sei eine „normale Pathologie“ der westlichen Industriegesellschaften ebenfalls auf gesellschaftliche Veränderungen hingewiesen.

Nach diesen Befunden müssten sich die Wahlerfolge jedoch verfestigen und kontinuierlich anwachsen, da Entwicklungen, wie sie mit der Globalisierung einhergehen, keine zeitliche Begrenzung haben. Die Wahlergebnisse der extremistischen Parteien weisen jedoch eher Zyklen auf. Eine dauerhafte Verankerung im Parteiensystem ist bislang nicht erfolgt. Daher wird in allen Erklärungsmodellen auch immer auf die Gelegenheitsstrukturen hingewiesen. Rechtsextremismus ist abhängig von bestimmten Konstellationen wie bspw. politischen Krisen, sozialen Verwerfungen, aber auch von Systembedingungen wie dem rechtlichen Rahmen.

In der Wahlforschung gibt es eine intensive Diskussion darüber, inwieweit die Wähler der rechtsextremen Parteien auch über ein mehr oder weniger geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen und somit auch Extremisten sind. Ideologische Grundüberzeugungen⁸ der Wähler sowie Themen aus dem „rechten“ Spektrum würden zur Wahl motivieren. Die Gegenthese geht davon aus, dass zwar in der Gesellschaft latente rechtsextreme Einstellungen vorhanden sind, diese aber nicht automatisch zur Wahl rechtsextremer Parteien führen. So formulierte Pappi⁹ z.B. die

These des rationalen Protestwählers. Zweifellos finden sich für beide Thesen gute empirische Gründe. Da sich die rechtsextremen Parteien jedoch nicht auf ein dauerhaftes, stabiles Kernwählerpotential – geschweige denn auf eine Stammwählerschaft – stützen können, muss noch eine situative und/oder affektive Komponente hinzukommen, wie Wut, Enttäuschung oder Unzufriedenheit mit Parteien, Politik, Politikern, Regierungen oder dem politischen System. Als Forschungskonsens zeichnet sich ab, dass man im Wählerpotential rechtsextremer Parteien latente rechtsextreme Einstellungen findet, diese aber erst zur Wahlentscheidung führen, wenn Gelegenheitsstrukturen vorhanden sind. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass zwar „rechte“ Themen im Wählerpotential einen stärkeren Rückhalt finden, jedoch nicht bei jedem Wähler. Es finden sich auch Wähler, die gleichermaßen links- wie rechtsextreme Parteien (teilweise sogar auf einem Stimmzettel) wählen, was verdeutlicht, dass es auch ein unideologisches fluktuierendes Protestpotential gibt. Zu einem gegenteiligen Befund kommt Kai Arzheimer. In dem jüngst abgeschlossenen Forschungsprojekt über die Wähler der extremen Rechten in Europa von 1980 bis 2000 fasst er zusammen, dass die These der „unideologischen Protestwahl“ als widerlegt angesehen werden kann, da ideologische Einstellungsvariablen das Wahlverhalten für eine rechtsextreme Partei – ebenso wie die Parteiidentifikation – gut erklären, „obwohl ein deutlicher Einfluss der Unzufriedenheit mit den Leistungen des politischen Systems nicht von der Hand zu weisen ist“.¹⁰ Dies macht es schwierig, die kurzfristigen Wahlerfolge systematisch und nicht nur Fallweise zu erklären. Jedes Einzelbeispiel kann zwar plausibel durch die jeweils spezifischen Faktoren (Personalangebot, politische Agenda, politische Unzufriedenheit, Streitthemen, offene gärende Probleme usw.) erklärt werden. Dennoch ist man damit von einer generellen Theorie über die Erfolgsfaktoren der rechtsextremen Parteien noch weit entfernt.

DIE WÄHLER EXTREMISTISCHER PARTEIEN

Unabhängig von Umfragen im Vorfeld von Wahlen gibt es am Wahltag mit dem Instrument des *exit polls* (der Befragung nach dem Verlassen des Wahllokals) eine Erhebung, die tatsächlich bei Wählern durchgeführt wird. Es kann jedoch nicht prinzipiell ausgeschlossen werden, dass die oben erwähnten Messprobleme sich auch im *exit poll* niederschlagen. Der Vorteil des *exit poll* liegt in der großen Stichprobe (bei Infratest dimap gingen bei der Bundestagswahl 2005 die Angaben von 102.000 Wählern in die Wahltagsbefragung ein).

Basierend auf den Wählerwanderungsbilanzen von Infratest dimap speist sich das Wählerpotential der rechtsextremen Parteien¹¹ aus drei Quellen: der Mobilisierung ehemaliger Nichtwähler, Wähler der Volksparteien aber auch der Wähler anderer Protestparteien (wie der PDS/Die Linke). Würde man die Linke und die SPD zu einem gemeinsamen politischen Lager rechnen, verloren die beiden linken Parteien sogar zum Teil mehr Wähler an die rechtsextremen Parteien als die CDU (Saarland 2004, Brandenburg 2004) oder gaben gemeinsam knapp gleich viele Stimmen an die rechtsextremen Parteien ab (Sachsen-Anhalt 1998, Mecklenburg-Vorpommern 2006). Bündnis 90/Die Grünen sind die einzige Partei, bei der praktisch kein Wähleraustausch mit den rechtsextremen Parteien stattfindet. Aber auch die FDP-Anhängerschaft zeigt sich gegenüber den rechtsextremen Parteien nicht wechselbereit (mit der Ausnahme von Brandenburg 1999). Im Detail zeigt sich, dass eine klare Zuordnung der Wähler der rechtsextremen Parteien zu einer ideologischen Parteienfamilie nicht möglich ist: 1999 in Brandenburg gaben SPD und CDU gleich viele (6.000) Wähler an die DVU ab. Aus dem Nichtwählerlager kamen 16.000 Stimmen. 2004 konnte die SPD in Brandenburg 3.000 Wähler zurückgewinnen, während die CDU erneut 5.000 Wähler verlor. Als die DVU 1998 in Sachsen-Anhalt mit sensationellen 12,9 Prozent in das Parlament einzog, gaben ihr 102.000 ehemalige Nichtwähler die Stimme. Von der CDU kamen 26.000 und von der SPD 12.000 Wähler. Aber selbst die ideologische Antipodin, die PDS/Die Linke, musste 11.000 Stimmen abgeben, was auch verdeutlicht, dass sich die Wahlentscheidung häufig gegen die als etabliert wahrgenommenen Parteien richtet. Im Saarland gewann die NPD 2004 von der SPD die meisten (5.000) Stimmen. Das Nichtwählerlager steuerte 3.000 Wähler bei, die CDU 2.000. Aufgrund der großen Anzahl der CDU-Anhänger – die CDU erreichte bei der Vorwahl 56,9 Prozent – mobilisierte die NPD bei der sächsischen Landtagswahl 2004 40.000 ehemalige CDU-Wähler, während von der SPD nur 10.000 für die Partei votierten. Aber auch hier war die Mobilisierung aus dem Nichtwählerlager entscheidend: 70.000 Wähler gingen für die NPD zur Abstimmung. In Mecklenburg-Vorpommern 2006 kamen aus dem Nichtwählerlager (12.000) und der CDU (12.000) etwa gleich viele Wähler. Die SPD verlor 7.000 Wähler an die NPD.

WÄHLERWANDERUNGSBILANZEN

Landtagswahl im Saarland am 5. September 2004

Wählerwanderung LTW 1999-2004

	Wählerstromkonto NPD		
	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit...			
CDU	2.000	0	2.000
SPD	5.000	0	5.000
Grüne	0	0	0
FDP	0	0	0
PDS/DIE LINKE	1.000	0	1.000
Andere	4.000	0	4.000
Summe über Parteien	12.000	0	12.000
Nichtwähler	3.000	0	3.000
Erstwähler/Verstorbene	2.000	0	2.000
Zu-/Fortgezogene	1.000	0	1.000
Wählerströme insg.	18.000	0	18.000
Wählerstamm	0	0	
Wählerstimmen 2004 u. 1999	18.000	0	18.000

Quelle: Infratest dimap, Wahlberichterstattung

Landtagswahl in Sachsen am 19. September 2004

Wählerwanderung LTW 1999-2004

	Wählerstromkonto NPD		
	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU	40.000	1.000	39.000
PDS/DIE LINKE	11.000	1.000	10.000
SPD	3.000	0	3.000
Grüne	0	0	0
FDP	1.000	0	0
Andere	11.000	1.000	10.000
Summe über Parteien	66.000	3.000	63.000
Nichtwähler	70.000	5.000	65.000
Erstwähler/Verstorbene	28.000	1.000	27.000
Zu-/Fortgezogene	8.000	3.000	5.000
Wählerströme insg.	172.000	12.000	160.000
Wählerstamm	19.000	19.000	
Wählerstimmen 2004 u. 1999	191.000	31.000	160.000

Quelle: Infratest dimap, Wahlberichterstattung

Landtagswahl in Brandenburg am 5. September 1999
Wählerwanderung LTW 1994-1999

	Wählerstromkonto DVU		
	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit...			
SPD	6.000	0	6.000
CDU	6.000	0	6.000
PDS/DIE LINKE	2.000	0	2.000
Grüne	1.000	0	1.000
FDP	10.000	0	10.000
Andere	6.000	0	6.000
Summe über Parteien	31.000	0	31.000
Nichtwähler	16.000	0	16.000
Erstwähler/Verstorbene	9.000	0	9.000
Zu-/Fortgezogene	2.000	0	2.000
Wählerströme insg.	58.000	0	58.000
Wählerstamm	0	0	
Wählerstimmen 1999 u. 1994	58.000	0	58.000

Quelle: Infratest dimap, Wahlberichterstattung

Landtagswahl in Brandenburg am 19. September 2004
Wählerwanderung LTW 1999-2004

	Wählerstromkonto DVU		
	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit...			
SPD	2.000	5.000	-3.000
CDU	7.000	2.000	5.000
PDS/DIE LINKE	2.000	4.000	-2.000
Grüne	0	0	0
FDP	0	1.000	-1.000
Andere	1.000	5.000	-4.000
Summe über Parteien	12.000	17.000	-5.000
Nichtwähler	17.000	12.000	5.000
Erstwähler/Verstorbene	12.000	1.000	11.000
Zu-/Fortgezogene	2.000	2.000	0
Wählerströme insg.	43.000	32.000	11.000
Wählerstamm	27.000	27.000	
Wählerstimmen 2004 u. 1999	70.000	59.000	11.000

Quelle: Infratest dimap, Wahlberichterstattung

Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 26. April 1998
Wählerwanderung LTW 1994-1998

	Wählerstromkonto DVU		
	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit...			
CDU	26.000	0	26.000
SPD	12.000	0	12.000
PDS/DIE LINKE	11.000	0	11.000
Grüne	2.000	0	2.000
FDP	3.000	0	3.000
Andere	19.000	0	19.000
Summe über Parteien	73.000	0	73.000
Nichtwähler	102.000	0	102.000
Erstwähler/Verstorbene	13.000	0	13.000
Zu-/Fortgezogene	4.000	0	4.000
Wählerströme insg.	192.000	0	192.000
Wählerstamm	0	0	
Wählerstimmen 1998 u. 1994	192.000	0	192.000

Quelle: Infratest dimap, Wahlberichterstattung

Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 17. September 2006
Wählerwanderung LTW 2002-2006

	Wählerstromkonto NPD		
	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit...			
SPD	7.000	0	7.000
CDU	12.000	0	12.000
PDS/DIE LINKE	4.000	0	4.000
FDP	2.000	0	2.000
Grüne	0	0	0
Andere	6.000	0	6.000
Summe über Parteien	31.000	0	31.000
Nichtwähler	12.000	1.000	11.000
Erstwähler/Verstorbene	7.000	0	7.000
Zu-/Fortgezogene	4.000	1.000	3.000
Wählerströme insg.	54.000	2.000	52.000
Wählerstamm	6.000	6.000	
Wählerstimmen 2002 u. 2006	60.000	8.000	52.000

Quelle: Infratest dimap, Wahlberichterstattung

Wahlkontinuität und -diskontinuität der NPD (LTW Saarland 2004,
LTW Sachsen 2004, LTW Mecklenburg-Vorpommern 2006)

Wahlkontinuität und -diskontinuität	Mecklenburg- Vorpommern 2006		Sachsen 2004		Saarland 2004	
	absolute Zahlen	in Prozent	absolute Zahlen	in Prozent	absolute Zahlen	in Prozent
Parteiwechsler in die NPD	54.000	90,0	172.000	90,1	18.000	100,0
davon im Austausch mit der SPD	7.000	13,0	3.000	1,7	5.000	27,8
mit der CDU	12.000	22,2	40.000	23,3	2.000	11,1
mit der PDS/DIE LINKE	4.000	7,4	11.000	6,4	1.000	5,6
mit den Grünen	0	0,0	0	0,0	0	0
mit der FDP	2.000	3,7	1.000	0,6	0	0
mit den Sonstigen	6.000	11,1	11.000	6,4	4.000	22,2
Erstwähler/Verstorbene	7.000	13,0	28.000	16,3	2.000	11,1
Zu-/Fortgezogene	4.000	7,4	8.000	4,7	1.000	5,6
Nichtwähler	12.000	22,2	70.000	40,7	3.000	16,7
Wählerstamm NPD	6.000	10,0	19.000	9,9	0	0,0
Parteiwechsler aus der NPD	2.000	25,0	12.000	38,7	0	0,0
davon im Austausch mit der SPD	0	0,0	0	0,0	0	0,0
mit der CDU	0	0,0	1.000	8,3	0	0,0
mit der PDS/DIE LINKE	0	0,0	1.000	8,3	0	0,0
mit den Grünen	0	0,0	0	0,0	0	0,0
mit der FDP	0	0,0	0	0,0	0	0,0
mit den Sonstigen	0	0,0	1.000	8,3	0	0,0
Erstwähler/Verstorbene	0	0,0	1.000	8,3	0	0,0
Zu-/Fortgezogene	1.000	50,0	3.000	25,0	0	0,0
Nichtwähler	1.000	50,0	5.000	41,7	0	0,0
Wählerstamm NPD	6.000	75,0	19.000	61,3	0	0,0

Quelle: Infratest dimap, Wahlberichtserstattung

Wahlkontinuität und -diskontinuität der DVU (LTW Brandenburg 1999,
LTW Brandenburg 2004, LTW Sachsen-Anhalt 1998)

Wahlkontinuität und -diskontinuität	Brandenburg 2004		Brandenburg 1999		Sachsen-Anhalt 1998	
	absolute Zahlen	in Prozent	absolute Zahlen	in Prozent	absolute Zahlen	in Prozent
Parteiwechsler in die DVU	43.000	61,4	58.000	100,00	192.000	100,0
davon im Austausch mit der SPD	2.000	4,7	6.000	10,3	12.000	6,3
mit der CDU	7.000	16,3	6.000	10,3	26.000	13,5
mit der PDS/DIE LINKE	2.000	4,7	2.000	3,4	11.000	5,7
mit den Grünen	0	0,0	1.000	1,7	2.000	1,0
mit der FDP	0	0,0	10.000	17,2	3.000	1,6
mit den Sonstigen	1.000	2,3	6.000	10,3	19.000	9,9
Erstwähler/Verstorbene	12.000	27,9	9.000	15,5	13.000	6,8
Zu-/Fortgezogene	2.000	4,7	2.000	3,4	4.000	2,1
Nichtwähler	17.000	39,5	16.000	27,6	102.000	53,1
Wählerstamm NPD	27.000	38,6	0	0,0	0	0,0
Parteiwechsler aus der DVU	32.000	54,2	0	0,0	0	0,0
davon im Austausch mit der SPD	5.000	15,6	0	0,0	0	0,0
mit der CDU	2.000	6,3	0	0,0	0	0,0
mit der PDS/DIE LINKE	4.000	12,5	0	0,0	0	0,0
mit den Grünen	0	0	0	0,0	0	0,0
mit der FDP	1.000	3,1	0	0,0	0	0,0
mit den Sonstigen	5.000	15,6	0	0,0	0	0,0
Erstwähler/Verstorbene	1.000	3,1	0	0,0	0	0,0
Zu-/Fortgezogene	2.000	6,3	0	0,0	0	0,0
Nichtwähler	12.000	37,5	0	0,0	0	0,0
Wählerstamm DVU	27.000	45,8	0	0,0	0	0,0

Quelle: Infratest dimap, Wahlberichtserstattung

Für die Wahl linksextremistischer Parteien wird die PDS/Die Linke analysiert. Auch wenn sich die Linke in einer Grauzone zwischen Demokratie und Extremismus befindet, kann sie analytisch dem linksextremistischen bzw. linkspopulistischen Lager zugerechnet werden.¹² Wesentliches Kriterium hierfür ist nicht die Unterstützung in der Wählerschaft, sondern die programmatisch/ideologische Ausrichtung der Partei. Jesse/Lang analysieren, dass die Partei zwar kein „offensiv umstürzlerisches“ Konzept verfolge, die Werte und Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates aber zur „Disposition“ stehen.¹³

Die Linke unterhält die größten Austauschbeziehungen seit 1990 mit der SPD und dem Nichtwählerlager. Aber auch die Austauschprozesse mit der Union sind netto größer als die mit den Grünen. Dies zeigt sich besonders drastisch bei der Bundestagswahl 2005, bei der die PDS/Linkspartei¹⁴ das beste bundesweite Ergebnis ihrer Geschichte erzielte und mit 8,7 Prozent in den Bundestag einzog. Von der SPD wechselten Netto 970.000 Wähler zur Linkspartei und aus dem Nichtwählerlager hatte sie einen Zuwachs von 430.000 Stimmen. Von der Union kamen 280.000 Stimmen, von den Grünen 240.000. Auch bei den Wahlen zuvor war der positive wie negative Austausch mit der SPD und dem Nichtwählerlager für die Linkspartei jeweils wahlentscheidend. Bei den darauffolgenden Landtagswahlen in den alten Ländern (Bremen, Niedersachsen, Hessen, Hamburg) sind ähnliche Muster erkennbar. Die Linke gewann vor allem ehemalige SPD-Wähler. Aus dem Nichtwählerlager kam ebenfalls ein großer Wählerstrom. An dritter Stelle musste die CDU Stimmen an die Linke abgeben.

*Wahlkontinuität und -diskontinuität der PDS/DIE LINKE
bei den Landtagswahlen 2008*

Wahlkontinuität und -diskontinuität	Landtagswahl Bayern 2008		Bürgerschaftswahl Hamburg 2008	
	absolute Zahlen	in Prozent	absolute Zahlen	in Prozent
Parteiwechsler in die PDS/DIE LINKE	230.000	100,00	50.000	100,00
davon im Austausch mit der SPD	50.000	21,7	9.000	18,0
mit der CDU/CSU	40.000	17,4	3.000	6,0
mit den Grünen	30.000	13,0	6.000	12,0
mit der FDP	10.000	4,3	0	0,0
mit den Rechtsextremen mit den Sonstigen	40.000	17,4	17.000*	34,0
Erstwähler/Verstorbene	10.000	4,3	2.000	4,0
Zu-/Fortgezogene	10.000	4,3	4.000	8,0
Nichtwähler	40.000	17,4	9.000	18,0
Wählerstamm PDS/DIE LINKE	0	0,0	0	0,0

Quelle: 2008 Infratest dimap, Wahlberichterstattung;

* Sonstige Parteien: Hamburg u.a. Liste Regenbogen, bei der vorher PDS-Kandidaten auf der Liste standen

*Wahlkontinuität und -diskontinuität der PDS/DIE LINKE
bei den Landtagswahlen 2008/2009*

Wahlkontinuität und -diskontinuität	Landtagswahl Niedersachsen 2008		Landtagswahl Hessen 2008	
	absolute Zahlen	in Prozent	absolute Zahlen	in Prozent
Parteiwechsler in die PDS/DIE LINKE	227.000	93,8	140.000	100,00
davon im Austausch mit der SPD	81.000	35,7	32.000	22,9
mit der CDU/CSU	27.000	11,9	17.000	12,1
mit den Grünen	31.000	13,7	19.000	13,6
mit der FDP	10.000	4,4	5.000	3,6
mit den Rechtsextremen mit den Sonstigen	19.000	8,4	28.000*	20,0
Erstwähler/Verstorbene	12.000	5,3	5.000	3,6
Zu-/Fortgezogene	17.000	7,5	8.000	5,7
Nichtwähler	30.000	13,2	26.000	18,6
Wählerstamm PDS/DIE LINKE	15.000	6,2	0	0,0
Wahldiskontinuität und -diskontinuität	Landtagswahl Niedersachsen 2008		Landtagswahl Hessen 2009	
	absolute Zahlen	in Prozent	absolute Zahlen	in Prozent
Parteiwechsler aus der PDS/DIE LINKE	7.000	31,8	69.000	48,9
davon im Austausch mit der SPD	2.000	28,6	17.000	24,6
mit der CDU/CSU	0	0,0	4.000	5,8
mit den Grünen	0	0,0	7.000	10,1
mit der FDP	0	0,0	5.000	7,2
mit den Rechtsextremen mit den Sonstigen	2.000	28,6	1.000	1,4
Erstwähler/Verstorbene	1.000	14,3	2.000	2,9
Zu-/Fortgezogene	0	0,0	2.000	2,9
Nichtwähler	2.000	28,6	31.000	44,9
Wählerstamm PDS/DIE LINKE	15.000	68,2	72.000	51,1

Quelle: 2008 / 2009 Infratest dimap, Wahlberichterstattung

* Sonstige: u.a. FAG Hessen

Wahlkontinuität und -diskontinuität der PDS/DIE LINKE
bei der Bundestagswahl 2005

Wahlkontinuität und -diskontinuität	Bundestagswahl 2005		Bundestagswahl 2005 (Ost)		Bundestagswahl 2005 (West)	
	absolute Zahlen	in Prozent	absolute Zahlen	in Prozent	absolute Zahlen	in Prozent
Parteiwechsler in die PDS/DIE LINKE	2.820.000	68,1	1.190.000	52,9	1.630.000	86,2
davon im Austausch mit der SPD	1.190.000	42,2	530.000	44,5	660.000	40,5
mit der CDU/CSU	350.000	12,4	140.000	11,8	210.000	12,9
mit den Grünen	280.000	9,9	50.000	4,2	230.000	14,1
mit der FDP	130.000	4,6	50.000	4,2	80.000	4,9
mit den Rechtsextremen						
mit den Sonstigen	170.000	6,0	50.000	4,2	120.000	7,4
Erstwähler/ Verstorbene	160.000	5,7	90.000	7,6	70.000	4,3
Zu-/Fortgezogene	10.000	0,4	0	0,0	10.000	0,6
Nichtwähler	530.000	18,8	280.000	23,5	250.000	15,3
Wählerstamm PDS/ DIE LINKE	1.320.000	31,9	1.060.000	47,1	260.000	13,8
Parteiwechsler aus der PDS/DIE LINKE	620.000	32,0	420.000	28,4	200.000	43,5
davon im Austausch mit der SPD	220.000	35,5	150.000	35,7	70.000	35,0
mit der CDU/CSU	70.000	11,3	40.000	9,5	30.000	15,0
mit den Grünen	40.000	6,5	20.000	4,8	20.000	10,0
mit der FDP	30.000	4,8	20.000	4,8	10.000	5,0
mit den Rechtsextremen						
mit den Sonstigen	80.000	12,9	40.000	9,5	40.000	20,00
Erstwähler/ Verstorbene	80.000	12,9	70.000	16,7	10.000	5,0
Zu-/Fortgezogene	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Nichtwähler	100.000	16,1	80.000	19,0	20.000	10,0
Wählerstamm PDS/DIE LINKE	1.320.000	68,0	1.060.000	71,6	260.000	56,5

Quelle: 2005 Infratest dimap, Wahlberichterstattung

Wahlkontinuität und -diskontinuität der PDS/DIE LINKE
bei der Bundestagswahl 2002

Wahlkontinuität und -diskontinuität	Bundestagswahl 2002		Bundestagswahl 2002 (Ost)		Bundestagswahl 2002 (West)	
	absolute Zahlen	in Prozent	absolute Zahlen	in Prozent	absolute Zahlen	in Prozent
Parteiwechsler in die PDS/DIE LINKE	670.000	35,4	380.000	26,0	290.000	67,4
davon im Austausch mit der SPD	220.000	32,8	140.000	36,8	80.000	27,6
mit der CDU/CSU	40.000	6,0	30.000	7,9	10.000	3,4
mit den Grünen	100.000	14,9	30.000	7,9	70.000	24,1
mit der FDP	20.000	3,0	10.000	2,6	10.000	3,4
mit den Rechtsextremen						
mit den Sonstigen	50.000	7,5	30.000	7,9	20.000	6,9
Erstwähler/ Verstorbene	90.000	13,4	60.000	15,8	30.000	10,3
Zu-/Fortgezogene	20.000	3,0	0	0,0	20.000	6,9
Nichtwähler	130.000	19,4	80.000	21,1	50.000	17,2
Wählerstamm PDS/ DIE LINKE	1.220.000	64,6	1.080.000	74,0	140.000	32,6
Parteiwechsler aus der PDS/DIE LINKE	1.320.000	52,0	990.000	47,8	330.000	70,2
davon im Austausch mit der SPD	510.000	38,6	450.000	45,5	60.000	18,2
mit der CDU/CSU	90.000	6,8	70.000	7,1	20.000	6,1
mit den Grünen	100.000	7,6	40.000	4,0	60.000	18,2
mit der FDP	40.000	3,0	30.000	3,0	10.000	3,0
mit den Rechtsextremen						
mit den Sonstigen	30.000	2,3	20.000	2,0	10.000	3,0
Erstwähler/ Verstorbene	130.000	9,8	110.000	11,1	20.000	6,1
Zu-/Fortgezogene	30.000	2,3	30.000	3,0	0	0,0
Nichtwähler	390.000	29,5	240.000	24,2	15.000	45,5
Wählerstamm PDS/DIE LINKE	1.220.000	48,0	1.080.000	52,2	140.000	29,8

Quelle: 2002 Infratest dimap, Wahlberichterstattung

Wahlkontinuität und -diskontinuität der PDS/DIE LINKE
bei der Bundestagswahl 1998

Wahlkontinuität und -diskontinuität	Bundestagswahl 1998		Bundestagswahl 1998 (Ost)		Bundestagswahl 1998 (West)	
	absolute Zahlen	in Prozent	absolute Zahlen	in Prozent	absolute Zahlen	in Prozent
Parteiwechsler in die PDS/DIE LINKE	1.160.000	46,2	890.000	43,6	310.000	66,0
davon im Austausch mit der SPD	350.000	30,2	260.000	29,2	90.000	29,0
mit der CDU/CSU	210.000	18,1	170.000	19,1	40.000	12,9
mit den Grünen	100.000	8,6	50.000	5,6	60.000	19,4
mit der FDP	30.000	2,6	20.000	2,2	20.000	6,5
mit den Rechtsextremen	10.000	0,9	0	0,0	0	0,0
mit den Sonstigen	10.000	0,9	10.000	1,1	0	0,0
Erstwähler/ Verstorbene	170.000	14,7	120.000	13,5	40.000	12,9
Zu-/Fortgezogene	20.000	1,7	40.000	4,5	20.000	6,5
Nichtwähler	260.000	22,4	220.000	24,7	40.000	12,9
Wählerstamm PDS/ DIE LINKE	1.350.000	53,8	1.150.000	56,4	160.000	34,0
Parteiwechsler aus der PDS/DIE LINKE	730.000	35,1	550.000	32,4	220.000	57,9
davon im Austausch mit der SPD	270.000	37,0	210.000	38,2	50.000	22,7
mit der CDU/CSU	120.000	16,4	40.000	7,3	80.000	36,4
mit den Grünen	60.000	8,2	20.000	3,6	40.000	18,2
mit der FDP	20.000	2,7	10.000	1,8	10.000	4,5
mit den Rechtsextremen	40.000	5,5	20.000	3,6	10.000	4,5
mit den Sonstigen	30.000	4,1	30.000	5,5	0	0,0
Erstwähler/ Verstorbene	110.000	15,1	100.000	18,2	10.000	4,5
Zu-/Fortgezogene	10.000	1,4	60.000	10,9	10.000	4,5
Nichtwähler	70.000	9,6	60.000	10,9	10.000	4,5
Wählerstamm PDS/DIE LINKE	1.350.000	64,9	1.150.000	67,6	160.000	42,1

Quelle: 1998 Infratest dimap, Wahlberichterstattung

Wahlkontinuität und -diskontinuität der PDS/DIE LINKE
bei der Bundestagswahl 1994

Wahlkontinuität und -diskontinuität	Bundestagswahl 1994		Bundestagswahl 1994 (Ost)		Bundestagswahl 1994 (West)	
	absolute Zahlen	in Prozent	absolute Zahlen	in Prozent	absolute Zahlen	in Prozent
Parteiwechsler in die PDS/DIE LINKE	1.192.000	57,6	935.000	54,0		
davon im Austausch mit der SPD	316.000	26,5	246.000	26,3		
mit der CDU/CSU	209.000	17,5	187.000	20,0		
mit den Grünen	122.000	10,2	83.000	8,9		
mit der FDP	111.000	9,3	95.000	10,2		
mit den Rechtsextremen	32.000	2,7	19.000	2,0		
mit den Sonstigen	51.000	4,3	25.000	2,7		
Erstwähler/ Verstorbene	124.000	10,4	105.000	11,2		
Zu-/Fortgezogene	8.000	0,7	6.000	0,6		
Nichtwähler	219.000	18,4	170.000	18,2		
Wählerstamm PDS/ DIE LINKE	877.000	42,4	795.000	46,0		
Parteiwechsler aus der PDS/DIE LINKE	253.000	22,4	225.000	22,1		
davon im Austausch mit der SPD	80.000	31,6	68.000	30,2		
mit der CDU/CSU	26.000	10,3	24.000	10,7		
mit den Grünen	12.000	4,7	7.000	3,1		
mit der FDP	2.000	0,8	1.000	0,4		
mit den Rechtsextremen	4.000	1,6	2.000	0,9		
mit den Sonstigen	2.000	0,8	1.000	0,4		
Erstwähler/ Verstorbene	55.000	21,7	56.000	24,9		
Zu-/Fortgezogene	6.000	2,4	8.000	3,6		
Nichtwähler	66.000	26,1	58.000	25,8		
Wählerstamm PDS/DIE LINKE	877.000	77,6	795.000	77,9		

Quelle: 1994 infas-Report, Wahlberichterstattung

*Wahlkontinuität und -diskontinuität der PDS/DIE LINKE
bei der Bundestagswahl 1990*

Wahlkontinuität und -diskontinuität	Bundestagswahl 1990		Bundestagswahl 1990 (Ost)		Bundestagswahl 1990 (West)	
	absolute Zahlen	in Prozent	absolute Zahlen	in Prozent	absolute Zahlen	in Prozent
Parteiwechsler in die PDS/DIE LINKE	233.000	20,6	107.000	10,7	126.000	100,00
davon im Austausch mit der SPD	29.000	12,4	17.000	15,9	12.000	9,5
mit der CDU/CSU	6.000	2,6	5.000	4,7	1.000	0,8
mit den Grünen	78.000	33,5	11.000	10,3	67.000	53,2
mit der FDP	5.000	2,1	2.000	1,9	3.000	2,4
mit den Rechtsextremen	5.000	2,1	2.000	1,9	3.000	2,4
mit den Sonstigen	29.000	12,4	28.000	26,2	1.000	0,8
Erstwähler/ Verstorbene	48.000	20,6	17.000	15,9	31.000	24,6
Zu-/Fortgezogene	3.000	1,3	1.000	0,9	2.000	1,6
Nichtwähler	30.000	12,9	24.000	22,4	6.000	4,8
Wählerstamm PDS/DIE LINKE	896.000	79,4	896.000	89,3	0	0,0
Parteiwechsler aus der PDS/DIE LINKE	996.000	52,6	996.000	52,6	0	0,0
davon im Austausch mit der SPD	270.000	27,1	270.000	27,1	0	0,0
mit der CDU/CSU	52.000	5,2	52.000	5,2	0	0,0
mit den Grünen	72.000	7,2	72.000	7,2	0	0,0
mit der FDP	71.000	7,1	71.000	7,1	0	0,0
mit den Rechtsextremen	15.000	1,5	15.000	1,5	0	0,0
mit den Sonstigen	13.000	1,3	13.000	1,3	0	0,0
Erstwähler/ Verstorbene	2.000	0,2	2.000	0,2	0	0,0
Zu-/Fortgezogene	31.000	3,1	31.000	3,1	0	0,0
Nichtwähler	470.000	47,2	470.000	47,2	0	0,0
Wählerstamm PDS/DIE LINKE	896.000	47,4	896.000	47,4	0	0,0

Quelle: 1990 infas-Report, Wahlberichterstattung

Somit zeigt sich, dass die rechtsextremen Parteien, aber auch die PDS/Die Linke von ähnlichen Wählerströmen profitieren. Sie mobilisieren aus dem Nichtwählerlager. Zudem sind es die Volksparteien, die Wähler an die extremistischen Protestparteien verlieren. Im Falle der Linken ist es

vor allem die SPD und das Nichtwählerlager. Dabei ist es der Linken 2005 gelungen, darüber hinaus von den Unionsparteien und den Grünen im Westen in erheblichem Umfang Wähler zu mobilisieren, während sie ansonsten eher im Osten bei CDU-Wählern Unterstützung fand. Die Bilanz bei den Grünen ist bis 2005 nicht eindeutig interpretierbar.

In der sozialen Zusammensetzung gibt es zwischen den rechtsextremen Wählern und den linksextremen Wählern nur wenige Gemeinsamkeiten. Diese finden sich in der überdurchschnittlichen Mobilisierung von Arbeitslosen. Insbesondere bei der Bundestagswahl 2005 ist es der Linkspartei gelungen, bei Arbeitslosen erheblichen Zuwachs zu mobilisieren (+14 Prozentpunkte). Aber auch bei den rechtsextremen Parteien zeigt sich, dass ihre Gewinne auch darauf zurückzuführen sind, dass sie bei Arbeitslosen z.T. deutlichen Zuspruch findet. So konnte die DVU 1998 in Sachsen-Anhalt 19 Prozent der Arbeitslosen für sich gewinnen, die NPD in Sachsen 16 und in Mecklenburg-Vorpommern 17 Prozent. Damit erschöpfen sich jedoch die Gemeinsamkeiten. Doch könnte man dieses Wahlverhalten bei Arbeitslosen durchaus als unideologische Protestwahl interpretieren.

Die Wählerschaft der rechtsextremen Parteien hat ein niedriges Durchschnittsalter. Vor allem bei den Jung- und Erstwählern kommt sie auf zweistellige Ergebnisse. Bei jungen Männern schneidet sie prozentual am besten ab. Die rechtsextremen Parteien werden von Wählern mit einem niedrigen bis mittleren Bildungsniveau überdurchschnittlich häufig gewählt. Dabei sind es vor allem die Schulabschlüsse, die der mittleren Reife entsprechen, bei der die rechtsextremen Parteien sehr gut abschneiden. Überdurchschnittlichen Zuspruch finden die rechtsextremen Parteien auch von Arbeitern. Konfessionslose neigen etwas stärker als konfessionell gebundene Wähler zu den rechtsextremen Parteien.

Die PDS/DIE LINKE hingegen hat eine eher homogene Altersstruktur. Das heißt, in den einzelnen Altersgruppen gibt es kaum Abweichungen vom durchschnittlichen Zuspruch, den sie insgesamt erhält. Lediglich 2005 schneidet sie in den mittleren (vor allem männlichen) Altersgruppen leicht besser ab. Die PDS/DIE LINKE erreicht normalerweise Wähler mit höherer Bildung besser als Wähler mit einem niedrigeren Bildungsniveau. Allerdings weicht die Bundestagswahl 2005 von diesem Schema ab. Bei dieser Wahl kann man von einer „Proletarisierung“ der Wählerschaft sprechen. Arbeiter, Arbeitslose und Wähler mit niedriger bis mitt-

lerer Bildung kommen überdurchschnittlich häufig zur PDS/DIE LINKE. Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind empirisch nicht signifikant, das heißt, dass sie von Männern und Frauen gleich viel Wähler gewinnt.

Im Zeitverlauf hat sich die Wählerschaft der PDS deutlich verändert. Es lassen sich drei Phasen identifizieren: Von 1990 bis 1994 trug die Wählerschaft das Gesicht des „Ancien Régime“. Sie fand überdurchschnittliche Zustimmung bei den ehemaligen Eliten, was sich vor allem am hohen Bildungsniveau und der beruflichen Position ablesen lässt.¹⁵ Ab 1994 wurde sie sozialstrukturell zur „Volkspartei“, ohne sehr spezifisches Profil, d.h. sie schnitt in allen Gruppen etwa gleich ab. Leichte Vorteile hatte sie bei Konfessionslosen, Arbeitslosen und hochgebildeten Wählern. Die Bundestagswahl 2005 bringt für die Linkspartei einen deutlichen sozialstrukturellen Wandel der Wählerschaft, der sich seit dieser Zeit auch bei den darauffolgenden Landtagswahlen bestätigt. Mit der Mobilisierung ehemaliger SPD-Wähler wird das Gesicht der Wählerpartei „proletarisch“. Sie gewinnt bei den Wählern überdurchschnittlich starke Unterstützung, die sozial eher in einer prekäreren Situation sind als andere Wähler: Arbeitslose, Arbeiter, Männer in den mittleren Jahren. Durch die Verankerung der WASG im Gewerkschaftsmilieu, die 2005 auf den Listen der Linkspartei kandidierte, schneidet die Linke auch bei Gewerkschaftsmitgliedern überdurchschnittlich gut ab. Kurzum scheint sie in Teile der SPD-Traditionswählerschaft eingedrungen zu sein.

Stimmabgabe nach Bildung und Beruf – jeweils Landtagswahlen

	Ost										West
	DVU					NPD					NPD
	Brandenburg				Sachsen-Anhalt		Sachsen	Mecklenburg-Vorpommern		Saarland	
	1999		2004		1998		2004		2006		2004
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%
Endergebnis	5,3	+5,3	6,1	+0,8	12,9	+12,9	9,2	+7,8	7,3	+6,5	4,0
Bildung											
Hoch	3	+3	3	+0	8	+8	5	+4	4	+3	2
Mittel	9	+9	10	+1	19	+19	15	+13	10	+9	4
Niedrig	4	+4	6	+2	10	+10	7	+6	7	+7	6

	Ost										West
	DVU					NPD					NPD
	Brandenburg				Sachsen-Anhalt		Sachsen	Mecklenburg-Vorpommern		Saarland	
	1999		2004		1998		2004		2006		2004
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%
Tätigkeit											
Arbeiter	11	+11	10	-0	23	+23	17	+14	12	+10	10
Angestellte	3	+3	5	+2	9*	+9	6	+5	4	+4	2
Beamte	2	+2	2	+0	-	-	6	+6	4	+4	0
Selbstständige	4	+4	4	-1	15	+15	8	+8	10	+8	3
Renter	3	+3	3	+0	5	+5	4	+3	3	+3	3
Ausbildung	9	+9	8	-1	24	+24	10	+7	8	+6	3
Arbeitslose	9	+9	15	+6	19	+19	16	+15	17	+15	9

Quelle: Infratest dimap, Wahlberichterstattung

Stimmabgabe nach Gewerkschafts- und Religionszugehörigkeit – jeweils Landtagswahlen

	Ost										West
	DVU					NPD					NPD
	Brandenburg				Sachsen-Anhalt		Sachsen	Mecklenburg-Vorpommern		Saarland	
	1999		2004		1998		2004		2006		2004
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%
Gewerkschaft											
Mitglieder	4	-	5	+0	11	-	10	+8	4	+4	5
Nicht-Mitglieder	6	-	6	+1	14	-	9	+8	8	+7	4
Konfession											
Evangelisch	3	-	4	+1	8	-	5	+5	5	+5	4
Katholisch	3	-	4	+2	8	-	6	+5	6	+6	4
Keine/Andere	6	-	7	+1	16	-	12	+10	8	+7	8

Quelle: Infratest dimap, Wahlberichterstattung

Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht

	Ost										West
	DVU					NPD					NPD
	Brandenburg				Sachsen-Anhalt		Sachsen	Mecklenburg-Vorpommern		Saarland	
	1999		2004		1998		2004	2006		2004	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%
Endergebnis	5,3	+5,3	6,1	+0,8	12,9	+12,9	9,2	+7,8	7,3	+6,5	4,0
Männer/Frauen											
18-24	13	+13	15	+3	28	+28	21	+14	17	+14	11
25-34	9	+9	12	+3	22	+22	15	+13	14	+12	9
35-44	6	+6	8	+1	19	+19	13	+12	8	+8	3
45-59	4	+4	7	+3	12	+12	10	+9	7	+6	3
60 und älter	2	+2	2	-0	5	+5	3	+3	2	+2	2
Männer											
18-24	14	+14	19	+5	32	+32	25	+16	23	+19	14
25-34	14	+14	15	+2	26	+26	19	+16	19	+17	10
35-44	8	+8	10	+2	24	+24	16	+15	12	+11	4
45-59	5	+5	8	+3	13	+13	12	+11	9	+9	3
60 und älter	3	+3	3	-0	6	+6	5	+4	3	+3	3
Männer gesamt	7	+7	8	+1	16	+16	12	+10	10	+9	5
Frauen											
18-24	10	+10	10	+0	23	+23	15	+11	10	+7	7
25-34	3	+3	8	+5	17	+17	10	+8	7	+7	6
35-44	5	+5	5	-0	13	+13	8	+7	5	+4	3
45-59	2	+2	4	+2	10	+10	7	+6	4	+4	4
60 und älter	2	+2	1	-0	4	+4	2	+1	2	+1	2
Frauen gesamt	3	+3	4	+1	10	+10	6	+5	4	+4	3

Quelle: Infratest dimap, Wahlberichterstattung

Stimmabgabe nach Bildung und Beruf – jeweils Landtagswahlen

	Ost										West
	DVU					NPD					NPD
	Brandenburg				Sachsen-Anhalt		Sachsen	Mecklenburg-Vorpommern		Saarland	
	1999		2004		1998		2004	2006		2004	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%
Endergebnis	5,3	+5,3	6,1	+0,8	12,9	+12,0	9,2	+7,8	7,3	+6,5	4,0
Bildung											
Hochschule, Uni					2			3		2	
Hochschulreife					5			7		5	4
Mittlere Reife					10			14		11	5
Hauptschule					5			8		8	5
Tätigkeit											
Arbeiter	8				10			19		14	12
Angestellte	4				4			9		6	4
Beamte	2				0			13		7	5
Selbstständige	5				5			15		9	7
Renter	2				2			3		3	2
Ausbildung	6							23			
Arbeitslose	8				13			17		18	18
Landwirte	8				11			6		5	7

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e. V., Wahlberichterstattung

Stimmabgabe nach Gewerkschafts- und Religionszugehörigkeit – jeweils Landtagswahlen

	Ost										West
	DVU					NPD					NPD
	Brandenburg				Sachsen-Anhalt		Sachsen	Mecklenburg-Vorpommern		Saarland	
	1999		2004		1998		2004	2006		2004	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%
Gewerkschaft											
Mitglieder	4				5			11		9	6
Nicht-Mitglieder	6				6			15		10	8
Konfession											
Evangelisch	4				4			8		6	5
Katholisch	2				5			8		4	6
Keine/Andere	6				7			16		11	8

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e. V., Wahlberichterstattung

Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht

	Ost										West
	DVU					NPD					NPD
	Brandenburg				Sachsen-Anhalt		Sachsen	Mecklenburg-Vorpommern		Saarland	
	1999		2004		1998		2004	2006		2004	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	
Endergebnis	5,3	+5,3	6,1	+0,8	12,9	+12,9	9,2	+7,8	7,3	+6,5	4,0
Männer/Frauen											
18-29	9*		14		32**		18		17		9
	10*				23**						
30-44	6*		7		16**		12		10		5
45-59	4*		6		11**		9		6		3
60 und älter	2*		2		3		3		2		2
Männer											
18-29	13*		19		38**		21		21		14
	13*				28**						
30-44	7*		10		20**		14		11		7
45-59	4*		8		14*		11		8		4
60 und älter	3		2		3		4		2		3
Männer gesamt	7		9		16		11		10		6
Frauen											
18-29	4*		9		26**		14		12		4
	6*				19**						
30-44	5*		4		13**		10		8		4
45-59	4		3		8		5		4		2
60 und älter	1		2		3		2		1		1
Frauen gesamt	4		4		10		7		5		2

Quellen: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Wahlberichterstattung

* andere Einteilung: 18-24 J.; 25-34 J.; 35-44 J.; 45-59 J.

** andere Einteilung: 18-24 J.; 25-34 J.; 35-44 J.; 45-59 J.

Bundestagswahlen 1994-2005

Sozialstruktur der PDS/DIE LINKE-Wähler

	2005		2002		1998		1994		1990	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
Endergebnis	8,7	+4,7	4,0	-1,1	5,1	+0,7	4,4		2,4	-
Männer/Frauen										
18-24	8	+5	4	-3	6	0	5,1	+3,8	1,3	-
25-29	-	-	-	-	-	-	-	-	1,3	-
25-34	8	+5	3	-2	5	0	5,5	-	-	-
30-39	-	-	-	-	-	-	-	-	1,2	-
35-44	9	+5	4	-2	6	+1	5,2	-	-	-
40-49	-	-	-	-	-	-	-	-	0,9	-
45-59	11	+7	4	-1	5	+1	4,0	-	-	-
50-59	-	-	-	-	-	-	-	-	0,7	-
60 und älter	7	+3	4	-0	5	+1	3,3	+2,6	0,7	-
Männer										
18-24	9	+5	4	-1	5	+1	4,6	+3,5	1,1	-
	8	+4	4	-1	5	-1	4,8	+3,1	1,7	-
25-29	-	-	-	-	-	-	-	-	1,1	-
25-34	9	+6	3	-2	5	-1	5,2	-	-	-
30-39	-	-	-	-	-	-	-	-	1,4	-
35-44	8	+5	4	-2	6	+1	5,0	-	-	-
40-49	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-
45-59	12	+8	5	-1	5	+1	3,9	-	-	-
50-59	-	-	-	-	-	-	-	-	0,6	-
60 und älter	8	+4	5	-0	5	+1	4,2	-	1,0	-
Frauen										
18-24	8	+4	4	-1	5	+1	4,2	+3,4	0,8	-
	8	+5	3	-4	7	+2	5,5	+4,6	0,9	-
25-29	-	-	-	-	-	-	-	-	1,5	-
25-34	7	+4	3	-2	5	0	5,6	-	-	-
30-39	-	-	-	-	-	-	-	-	0,9	-
35-44	9	+5	4	-2	6	+1	5,1	-	-	-
40-49	-	-	-	-	-	-	-	-	0,8	-
45-59	10	+6	4	-1	5	+1	4,3	-	-	-
50-59	-	-	-	-	-	-	-	-	0,7	-
60 und älter	6	+2	4	-0	4	+1	2,6	+1,1	0,5	-

Quelle: Infratest dimap, Wahlberichterstattung 1998-2005; Forschungsgruppe Wahlen e. V., Wahlberichterstattung 1990-1994

Bundestagswahlen 1994-2005
Sozialstruktur der PDS/DIE LINKE-Wähler

	2005		2002		1998		1994		1990	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
Bildung*										
Hoch	9	+3	6	-2	8	0	-	-	-	-
Mittel	10	+6	4	-1	5	0	-	-	-	-
Niedrig	8	+5	3	-1	3	+1	-	-	-	-
Tätigkeit										
Arbeiter	12	+7	5	-1	6	+1	4,7	+3,6	1,1	-
Angestellte	7	+4	3	-2	5	-1	5,8	+4,7	1,1	-
Beamte	7	+4	3	-1	3	+1	2,6	+1,6	1,0	-
Selbständige	6	+3	2	-2	4	0	3,4	+2,9	0,5	-
Renter	8	+3	5	-0	5	+1	3,9	-	-	-
In Ausbildung	8	+4	4	-3	7	0	6,0	+4,3	1,7	-
Arbeitslose	24	+14	10	-3	13	+1	12,0	-	-	-
Gewerkschaft										
Mitglieder	13	+7	6	-1	7	-	6,3	-	-	-
Nicht-Mitglieder	8	+5	4	-1	5	-	4,1	-	-	-
Konfession										
Evangelisch	6	+4	2	-1	3	-	-	-	0,3	-
Katholisch	4	+3	1	-0	1	-	-	-	0,2	-
Andere	19	+8	11	-4	15	-	-	-	5,3	-

Quelle: Infratest dimap, Wahlberichterstattung 1998-2005; Forschungsgruppe Wahlen, Wahlberichterstattung 1990-1994
Hoch: Abitur/Hochschule/Uni; Mittel: Mittel-/Realschule; Niedrig: kein Abschluss/
Volks-/Hauptschule
Arzheimer, 2005, S. 390.

- 1| Arzheimer, 2005, S. 400 ff.
- 2| Vgl. Kitschelt, 1995; Scheuch / Klingemann, 1967, S. 11-29.
- 3| Vgl. Falter, 1994; Winkler, 2001, S. 38-68.
- 4| SINUS, 1981.
- 5| Vgl. Kitschelt, 1995.
- 6| Scheuch / Klingemann, 1967, S. 11 ff.
- 7| Vgl. Falter, 1994.
- 8| Pappi, 1990, S. 37 ff.
- 9| Arzheimer, 2008, S. 385.
- 10| Es wurden die Wählerwanderungsbilanzen von REP, DVU und NPD von Infratest dimap analysiert.
- 11| Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, 2008; Bergsdorf, 2008; Neu, 2003.
- 12| Jesse / Lang, 2008, S. 207
- 13| 2005 kandidierte die PDS unter dem Namen Die Linkspartei.PDS, Abkürzung Die Linke. Bei der Fusion mit der WASG 2007 erfolgte die Umbenennung in Die Linke.
- 14| Vgl. Neu, 2003.

DIE MESSUNG VON EXTREMISMUS

Innerhalb der sozialwissenschaftlichen Forschung gibt es unterschiedliche Erklärungsmuster über die Entstehung und Entwicklung extremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen. Generell stehen zwei Fragestellungen im Vordergrund: Zum einen ist es Ziel, die Einstellungsstruktur und die Einstellungsdimensionen zu erfassen und ihr Zustandekommen zu erklären. Zum anderen soll politisches Verhalten analysiert werden, wobei der Erklärung des Wahlverhaltens eine herausragende Bedeutung zukommt.

Unterschiedliche Forschungstraditionen setzten auch unterschiedliche Schwerpunkte. So liegt beispielsweise Persönlichkeitsanalysen die Annahme zugrunde, dass eine bestimmte Ansammlung von Eigenschaften und psychischen Prädispositionen, die eine feste Persönlichkeitsstruktur ergeben sowie früh und dauerhaft erworben werden, politische Einstellungen und politisches Verhalten prägen.¹ In der politischen Partizipationsforschung geht man davon aus, dass die Bedingungen, unter denen ein Individuum lebt und die Erwartungen, die es an seine Umwelt hat, seine Einstellungen und Verhalten prägen. Daraus ergibt sich eine facettenreiche Forschungstradition, die als Ursachen für extremistische Einstellungen und extremistisches Verhalten Prozesse der sozialen Ungleichheit heranzieht. Dabei kann soziale Ungleichheit sowohl objektiver als auch subjektiver Natur sein. Hierzu werden die Hypothesen der relativen Deprivation² oder der Statusinkonsistenz³ herangezogen. Im ersten Fall werden

Erwartungen nicht erfüllt, im zweiten Fall wird der ökonomische oder gesellschaftliche Status als bedroht wahrgenommen, wobei eine tatsächliche Veränderung schon eingetreten sein kann. Diesen Hypothesen liegen auch volkswirtschaftliche Untersuchungen zugrunde, die den Einfluss der gesamtwirtschaftlichen Faktoren (wie z.B. der Weltwirtschaftskrise auf die Entstehung des Nationalsozialismus) prüfen.⁴ Als Folge der wirtschaftlichen Situation und gesellschaftlichen Umbrüche entstehen Verunsicherungen, Ängste und Unzufriedenheiten, die in der Wahl extremer Parteien oder im radikalen politischen Engagement münden – so grob vereinfacht die Grundüberlegung.

Einen weiteren Komplex bilden Hypothesen, die sich auf das politische System oder die politische Kultur beziehen. Hier werden die Einstellungen, Werte und Erwartungen gegenüber dem politischen System und seinen Repräsentanten zur Erklärung herangezogen. Politischer Protest und extreme Einstellungen, aber auch politische Anomie entstehen als Folge gewandelter Ansprüche an das politische System oder als Folge veränderter Leistungen des Systems, wie sinkende Problemlösungskompetenz, die wiederum Unzufriedenheiten verursachen. In diesem Kontext wird auch nach der Integration in das politische System gefragt, da Desintegration zu Entfremdung und Orientierungslosigkeit führen kann, welche wiederum extremistische Einstellungen begünstigt. Die hier skizzierten Erklärungsansätze stehen nicht in unmittelbarer Konkurrenz. Die verschiedenen Zugänge spiegeln die spezifischen Fragestellungen der Disziplinen wider und deren jeweiligen theoretischen wie methodischen Zugang.

Diese Untersuchung widmet sich der empirischen Extremismusforschung.⁵ Sie konzentriert sich auf die Erklärung von Verhalten und Einstellungen der Individuen und die Auswirkungen auf Organisationen oder Institutionen wie bspw. auf Parteien. Studien, die sich mit rechtsextremen Einstellungsdimensionen beschäftigen, finden sich relativ häufig, linksextreme Einstellungsstudien sind hingegen eher als Mangelware zu charakterisieren.⁶ Zu den offenen Problemen der empirischen Extremismusforschung zählt die Frage, was zum verbindlichen Wesensgehalt rechts- wie linksextremer Einstellungsstrukturen gehört und wie diese Strukturen zu messen sind.

Eine der wenigen Studien, die nach Gemeinsamkeiten von rechts- und linksextremistischen Einstellungen sucht, stammt von Klingemann/⁷

Pappi.⁷ Sie bilden das antidemokratische Einstellungspotential der DKP- und NPD-Anhänger auf der Basis von vier voneinander unabhängigen Skalen ab: einer Grundrechte-, Totalitarismus-, NS-Ideologie-, Anomie- und autoritärer Traditionalismusskala, wobei die Anomieskala in die endgültige Skala nicht einbezogen wird, da sie als „intervenierende Variable“ interpretiert wird.⁸ Ziel der Studie war allerdings nicht die Erarbeitung einer gemeinsamen Einstellungsskala, sondern die Prognose der Wahlentscheidung. Sie kommen, bezogen auf die Dimensionierbarkeit des Parteienraumes, zu der Schlussfolgerung, dass DKP und NPD „nicht mehr als die beiden Endpunkte auf dem Rechts-Links-Kontinuum die am weitesten voneinander entfernten Parteien [...], sondern zwei Parteien mit manchen Gemeinsamkeiten“⁹ seien. Gemeinsamkeiten der Anhänger stellen sie im Hinblick auf „den norm-orientierten Demokratiebegriff“¹⁰ fest.

In Studien der 1970er und 1980er Jahre werden vereinzelt rechts-extreme und linksextreme Einstellungen untersucht.¹¹ Während Sinus den Rechtsextremismus in den Mittelpunkt stellt, untersuchen Noelle-Neumann/Ring Rechts- und Linksextremismus, jedoch nicht mit dem Ziel, gemeinsame ideologische Strukturen zwischen den Extremismen sichtbar zu machen, sondern die jeweiligen Verhaltensmuster, Lebensstile und biographischen Muster zu erfassen. Eine Infratest-Studie befasst sich mit dem politischen Protest von Rechts und Links. Sie steht damit in der Tradition der *Political Action*-Untersuchungen, die die politische Partizipation in der demokratischen Gesellschaft analysieren. Eine übergreifende Rechts- und Linksextremismusskala wird nicht getestet.

Mit dem Aufkommen der Republikaner rückte in den späten 1980er Jahren verstärkt der Rechtsextremismus in den Fokus der Forschung, während die empirische Untersuchung von Linksextremismus weiterhin vernachlässigt¹² wurde. Somit existiert zwar eine intensive Rechtsextremismusforschung,¹³ aber eine Linksextremismusforschung ist kaum existent.

Die in der Extremismusforschung¹⁴ weitverbreitete Diskussion, was unter dem Forschungsgegenstand zu verstehen ist, findet in der empirischen Extremismusforschung eher eine schwache Entsprechung. In verschiedenen Studien wird der Rechtsextremismus mit unterschiedlich formulierten Items auf jeweils anderen Dimensionen gemessen. Die meisten Itembatterien messen Aussagen, von denen angenommen wird, dass sie

für rechtsextreme Einstellungen prägend sind. Damit werden inhaltliche Positionen gemessen und nicht Strukturen eines rechtsextremen Weltbildes untersucht.¹⁵ Dies könnte als der wesentliche Unterschied des hier verfolgten Forschungsansatzes bezeichnet werden. Nicht austauschbare oder sich wandelnde spezifische Inhalte extremistischen Denkens, sondern gemeinsame strukturelle Dimensionen stehen im Vordergrund.

Falter spricht davon, eine Linksextremismusskala entwickelt und getestet zu haben, veröffentlicht diese aber nicht, da die Skalenqualität im Vergleich zur Rechtsextremismusskala „weniger gut den messtheoretischen Anforderungen“ genüge.¹⁶ Die Zuverlässigkeit der Skala würde sich im Vergleich zur Rechtsextremismusskala verringern. Eine Veröffentlichung der Items und der Zustimmungswerte in der Bevölkerung wäre begrüßenswert.

Die Kriterien für die Auswahl der Personen, die als extremistisch eingestuft werden, stellt ein zentrales Problem dar. Ein übergeordnetes Messinstrument, bzw. eine übergreifende Variable, die unabhängig Extremismus und somit sowohl Rechts- als auch Linksextremismus (oder sonstige extremistische Einstellungen wie bspw. den islamischen Fundamentalismus) misst, liegt nicht vor. Als Hilfskonstruktion, über deren Güte diskutiert werden kann, wird die Neigung zu extremistischen Parteien als latente Variable zu extremistischen Einstellungen gesehen, die in zwei Ausprägungen vorliegt: der Nähe zu rechts- oder linksextremistischen Parteien. Damit soll nicht unterstellt werden, dass sich Extremismus nur in der Nähe zu einer Partei messen lässt. Zum einen ist denkbar, dass gerade Personen mit einem extremistischen Weltbild alle Parteien ablehnen, zum anderen ist es wahrscheinlich, dass sie aus unterschiedlichen Gründen ihre tatsächliche Parteineigung verschleiern. Damit bleibt bei der Gruppendefinition zwangsläufig eine gewisse Unschärfe, die unvermeidbar und letztlich bei fast jeder Definition zwangsläufig ist.¹⁷

Die Messung und Einschätzung von Potentialen oder Anhängerschaften radikaler oder extremistischer Parteien bereitet der empirischen Sozialforschung darüber hinaus gewisse Schwierigkeiten. Hierzu gehören „Falschaussagen“ der Befragten, die z.B. durch *non-Attitudes* (dem Nicht-Vorhandensein einer Meinung) oder durch *forced choice* (dem Fehlen einer der Meinung des Befragten entsprechenden Antwortkategorie) entstehen kann. Sie können auch dadurch zustande kommen, dass beim Befragten die Entscheidung noch offen oder ein bestimmtes Meinungs-

klima dominant ist. Hauptproblem im Bereich der Extremismusforschung sind Fehlauskünfte aufgrund einer Verhaltensanpassung an die unterstellte soziale Erwünschtheit. Gegenüber einem fremden Interviewer zuzugeben, eine extremistische Partei zu wählen, verstößt gegen das Gebot der „political correctness“. Sympathisanten und Wähler extremistischer oder radikaler Parteien verbergen ihre Neigung daher häufig in Interviews.¹⁸ Es gibt Erfahrungen, dass der Anteil „rechter“ Wähler in Umfragen unterrepräsentiert ist und erst bei Wahlen sich der tatsächliche Umfang zeigt.¹⁹ Doch scheint dies zumindest in den neuen Ländern nicht mehr zu stimmen.

Aus den genannten Gründen eignen sich für die Bestimmung von Potentialen extremistischer oder radikaler Parteien harte Indikatoren wie die Wahlabsicht in der Regel nur bedingt. Daraus ergibt sich ein weiteres Problem der Extremismusforschung: die Stichprobengröße. Die Fallzahlen und somit die Wähleranteile extremistischer Parteien liegen in Umfragen häufig unter dem Grenzwert, der repräsentative Aussagen und differenzierende Betrachtungen noch zulässt. Daher bietet es sich an, „weichere“ Indikatoren wie z.B. die Parteisympathie zu verwenden. Die Gefahr besteht bei diesem Indikator in einer Erweiterung der Potentiale. Hierbei gilt zu berücksichtigen, dass nur ein Teil der Sympathisanten radikaler und extremistischer Parteien auch bereit ist, diese zu wählen oder tatsächlich über ein geschlossenes extremistisches Weltbild verfügt.²⁰ Je nachdem, ob man die geäußerten Sympathien für Parteien, Verhaltensabsichten und Einstellungsdimensionen einzeln misst oder kombiniert, variiert die Größe und Zusammensetzung von Potentialen erheblich.

Systematische Verzerrungen²¹ durch Ausfälle auf der Basis von Verweigerungen stellen in Umfragen ein Problem dar. Bislang wirkte sich das in erster Linie bei der Prognose rechtsextremer Potentiale aus, da Personen mit formal niedrigem Bildungsniveau häufiger nicht bereit sind, an Umfragen teilzunehmen, diese Gruppe wiederum eine überdurchschnittlich hohe Neigung zur Wahl rechtsextremer Parteien aufweist. Es liegen allerdings noch keine Erfahrungswerte vor, ob es in linken Potentialen auch zu systematischen sozialstrukturellen Verzerrungen kommt.

Bei der Bewertung von Wählerpotentialen ist zu bedenken, dass gerade bei Personen mit einem extremistischen Weltbild eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass alle Parteien abgelehnt werden. Außerdem ist die Nennung einer Partei nicht gleichzusetzen mit ideologischer Nähe. Eine

Vielzahl von Motiven könnten hier angeführt werden, von denen Protestmotive einen hohen Stellenwert genießen dürften. Auch der umgekehrte Fall ist denkbar, dass nämlich die Anhänger extremistischer Ideologien oder Parteien die Nähe zu diesen Parteien – ebenfalls aufgrund sehr unterschiedlicher Motive – nicht offenbaren.

Generell ist bei der Operationalisierung zudem auf die Einhaltung zentraler Kriterien wie Objektivität des Forschers, der Reliabilität oder Zuverlässigkeit sowie der Validität²² des Messinstrumentes zu achten.

MESSUNG VON EXTREMISMUS: KONKRETE PROBLEME DER FORSCHUNG

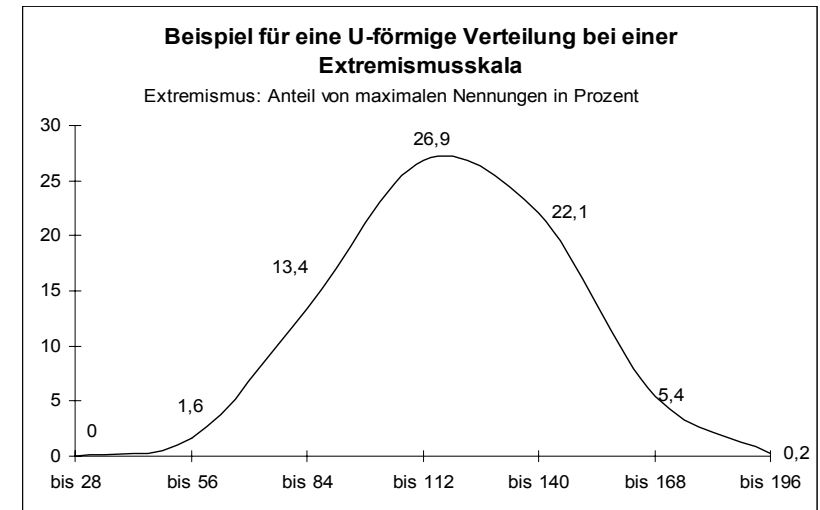
Ein gängiges Verfahren in der Sozialforschung ist die Messung von Einstellungsdimensionen anhand von einzelnen Aussagen, die unterschiedliche Aspekte des Gesamtphänomens darstellen sollen. So wird auch in der Extremismusforschung die Zustimmung zu differenteren Aussagen gemessen und diese dann (auf unterschiedliche) Weise zusammengefasst. Man kann dabei statistische Verfahren anwenden, die entweder die Befragten in möglichst ähnliche Gruppen zusammenfassen (z.B. in Clusteranalysen) oder Verfahren, die einen inhaltlichen Raum strukturieren (z.B. Faktorenanalysen). Zudem findet sich die Verwendung von additiven Indizes, bei denen es auch recht unterschiedliche Vorgehensweisen geben kann. Jede dieser Vorgehensweisen folgt einer anderen wissenschaftlichen Fragestellung und ist daher legitim. Da sich in den jüngsten Publikationen vor allem additive Skalen finden, soll hier lediglich diese Methode diskutiert werden.

Additive Skalen basieren auf sogenannten Intervallskalierungen. Im Forschungsdesign heißt das, dass auf der Basis einer verbalisierten Skala Befragte ihre Zustimmung in mathematisch gedachten gleich großen Abständen ausdrücken können. Diese Skalen können von dichotom (mit nur zwei Antwortalternativen) bis fast unendlich lange Antwortbatterien enthalten. Gebräuchlich sind sowohl Skalen, die von großer Zustimmung bis völliger Ablehnung Antwortvorgaben verbalisieren, als auch Skalen, die mit der „Thermometer-Methode“ arbeiten, also von einem Pluswert bis zu einem Minuswert Einstufungen der Befragten zulassen (üblich sind die Werte +3 bis -3 oder +5 bis -5). Manche Skalen haben einen Mittelpunkt: Dieser kann die ‚0‘ sein oder eine Formulierung, die „teils/teils“ enthält. Auch hier gibt es keine festen Normen. Die Wahl der Skala

spiegelt häufig persönliche Vorlieben der Forscher wider. Ebenso häufig ergibt sie sich aus der Notwendigkeit, Daten zu früheren Umfragen vergleichbar zu halten. Jegliche Änderung einer Skala (und sei es auch nur ein Wert oder eine Formulierung) bedeutet, dass kein Vergleich mehr hergestellt werden kann. Immer wieder stößt man daher in der empirischen Sozialforschung auf die Skylla-und-Charybdis-Frage nach zeitgemäßer Veränderung von Skalen und Inhalten und die Tendenz, keine Veränderung vorzunehmen, um einen Trend zu erhalten. Mag diese grundsätzliche Frage nie zufriedenstellend lösbar sein, so sind doch langfristige Trends (von denen es in der Meinungsforschung überraschend wenige gibt) eine wichtige Quelle, um Ergebnisse im Kontext einordnen zu können und über den aktuellen Zeithorizont hinaus Gültigkeit zu erlangen.

In der Forschungspraxis ergeben sich zwei Probleme: Zum einen entsteht bei Intervallskalierungen die Frage der Grenzziehung. Wenn nur die „äußeren“ Skalenwerte hinzugezogen werden, sinkt der Anteil der Zustimmung zu einzelnen Aussagen drastisch. Je stärker auch die mittleren Positionen einbezogen werden, umso mehr Zustimmung findet man in der Bevölkerung. „U-förmige“ Verteilungen sind bei Einstellungsmessungen die Regel. Ursache dieser Differenz ist, dass sich bei dichotomisierten intervallskalierten Skalen häufig eine U-förmige „Normalverteilung“ ergibt, da sich die Befragten regelmäßig in der Nähe des Skalenmittelpunktes eingruppierten (siehe Abbildung Seite 46).

Welche Grenze bei der Messung von Einstellungen gezogen wird, unterliegt dabei generell der Freiheit des Wissenschaftlers. Abhängig davon, bei welchem Grad der Zustimmung/Ablehnung eines Items der *cutting point* gezogen wird, schwankt daher die Größe von Potentialen erheblich. Daraus ist forschungstechnisch zu schlussfolgern: Je kürzer eine Skala ist (also je weniger Antwortalternativen zugelassen werden), desto mehr Befragte finden sich auch zu „extremen“ Inhalten eines Items. Einen ähnlichen Effekt hat die Aufnahme eines „0-Punktes“ in die Skala. Auch hier gibt es die Tendenz der Befragten hin zur Mitte. Somit präjudizieren Skalen, je nachdem wie man misst, auch Größenordnungen von Potentialen.



Quelle: Neu, 2003, S. 245; Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 9702. Additive Skala, basierend auf 28 Items mit dem maximalen Wert 7, K.A. 30,6 Prozent

Dies soll an einigen Beispielen erörtert werden: So werden in einer von Stöss und Niedermayer²³ durchgeführten Untersuchung zum Rechtsextremismus höchst unterschiedliche Potentiale gemessen: Je nachdem, ob auf einer von 1 bis 7 reichenden Skala (Zustimmung/Ablehnung) nur die ersten zwei oder die ersten drei Skalenpunkte in die Analyse miteinbezogen werden, ist die Größe des Rechtsextremismuspotentials 13 oder zwei Prozent.²⁴ Dies bedeutet, wenn die Gruppe anders gebildet wird (nur ein Skalenpunkt wird mehr oder weniger in die Analyse miteinbezogen), variieren die Potentiale erheblich. Hinzu kommt, dass auch die Auswahl, Formulierung und Menge der Items, die für die Potentialbildung herangezogen werden, der Freiheit des Forschers unterliegt.

Da es in der Extremismusforschung bislang keine allgemein akzeptierte Skala gibt, mit der sich Rechts- und/oder Linksextremismus valide messen lässt, variieren die Ergebnisse auch durch die unterschiedlichen Fragestellungen. Die Bestimmung der Größe von Extremismuspotentialen wird somit nicht nur durch die Auswahl und Formulierung der Fragen, sondern auch von der Festlegung des *cutting point* entscheidend bestimmt.

Im Thüringen-Monitor 2006²⁵ werden auf einer 4er-Skala (ohne ‚0‘-Punkt, „teils/teils“) zwei Messwerte (verbalisiert als „stimme voll zu“ und „stim-

me überwiegend zu“) zum rechtsextremen Potential hinzugezählt. Es wird damit argumentiert, dass man den „Skalenmittelpunkt zum Schnittpunkt“ gemacht hätte, was zwar „plausibel aber nicht alternativlos“ gewesen²⁶ sei. Zudem wurde ein additiver Index gebildet. Wer dreißig oder mehr Punkte erreicht, gilt als „überzeugter Rechtsextremer“. Davon ausgegangen, dass die Vercodung auf dem Skalenpunkt „stimme voll und ganz zu“ mit ‚4‘ erfolgte, heißt das nicht automatisch, dass bei zehn Items jeder Befragte wenigstens mit ‚3‘ (stimme eher zu) geantwortet hat. Es kann auch bedeuten, dass beispielsweise fünf Aussagen voll zugestimmt wurde (5 mal 4 = 20) und fünf Aussagen eher abgelehnt wurden (5 mal 2 = 10). Somit kann ein einzelner Befragter rasch auf den „Schwellenwert“ kommen, selbst wenn er Einzelaussagen ablehnt. Im Thüringen-Monitor 2007²⁷ wurden die Einzelergebnisse ausgewiesen, so dass ein differenziertes Bild sichtbar ist.

Ebenfalls erheblich fallen die Unterschiede bei der Rechtsextremismus-Studie von Decker und Brähler²⁸ aus, die allerdings nur Aussagen zu einzelnen Items (bzw. Zusammenfassungen von je drei Items der inhaltlichen Dimensionen) und keine Gesamtskala und kein Gesamtpotential veröffentlicht und mit der Methode der additiven Indizes²⁹ arbeitet: Mit insgesamt 18³⁰ Items (gemessen auf einer 5er-Skala von: „lehne völlig ab“ bis „stimme voll und ganz zu“ mit Mittelpunkt „teils/teils“) wird Rechtsextremismus gemessen. Dabei ist der *cutting point* weit in der Mitte gezogen: Bei einem durchschnittlichen Skalenwert von 3,5 gehört man schon zu denjenigen, denen ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild attestiert wird (auf dem additiven Index werden als Schwellen 63 und 72 bezeichnet; 72 entspricht – nach Definition der Autoren – einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild). Doch auch hier können die Schwellen leicht individuell übersprungen werden: Wer beispielsweise neunmal den Aussagen „voll und ganz“ zustimmt (45 Punkte) und neunmal mit „teils/teils“ antwortet, hat ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. Auf den Wert 63 kommt ein Befragter noch deutlich leichter und wird dann als rechtsextrem eingestuft: Wenn ein Befragter neun Items voll zustimmt und neun Items überwiegend ablehnt, ist er bereits in dieser Kategorie.

Decker und Brähler ordnen 2,2 Prozent als Personen mit einem „geschlossenen“ rechtsextremen Weltbild ein. Weitere acht Prozent verfügen über ein rechtsextremes Weltbild.³¹ Die Zustimmungswerte zu den jeweiligen Teil-Extremismusskalen fallen jedoch wesentlich höher aus:

26,7 Prozent sind demnach ausländerfeindlich, 19,3 Prozent verfügen über chauvinistische Einstellungen, 8,4 Prozent sind antisemitisch, 4,8 Prozent befürworten eine Diktatur, 4,5 Prozent zeigen sozialdarwinistische Einstellungen und 4,1 Prozent verharmlosen den Nationalsozialismus³² (jeweils wiedergegeben sind die Skalenpunkte „stimme überwiegend zu“ und „stimme voll und ganz zu“). Allerdings geben Decker und Brähler die Größenordnung der beiden Potentiale in der Studie nicht an. In der Studie selbst zeigt sich nur, dass die „Rechtsextremen“ zu 35,1 Prozent zur CDU/CSU und zu 34,4 Prozent zur SPD neigen. Bei denjenigen, die ein „geschlossenes rechtsextremes Weltbild“ haben, erreicht die CDU/CSU 30,3 Prozent und die SPD 24,8 Prozent. Die rechtsextremen Parteien sind wenig attraktiv: 5,9 Prozent der Rechtsextremen und 14,7 Prozent der Rechtsextremen mit „geschlossenem“ Weltbild würden für diese Parteien stimmen.³³

INHALTLICHE PROBLEME³⁴ BEI DER MESSUNG VON EXTREMISMUS

Die Validität von Frage- und Itemformulierung kann zum Teil in Frage gestellt werden. Es ist fraglich, ob auch tatsächlich inhaltlich „Extremismus“ gemessen wird. Viele Itembatterien enthalten interpretationsoffene Formulierungen. Die Inhalte der Items grenzen sich nicht trennscharf ab, sodass bei Befragten entweder Verwechslungen oder Fehlinterpretationen auftreten können, die zu einer verzerrten Messung der Potentiale führt. Es gibt zwar keinen Konsens darüber, was rechts- (wie links-)extremes Denken konstituiert. Dessen ungeachtet gibt es in der Rechtsextremismusforschung eine recht willkürliche Messung von Rechtsextremismus auf der Basis der Zustimmung zu einigen Aussagen, die dem Rechtsextremismus zugeordnet werden. Generell gilt bei der Formulierung von Aussagen das Prinzip möglichst großer Eindeutigkeit. Sie sollen von den Befragten möglichst nicht unterschiedlich interpretiert werden können, damit valide Messungen möglich sind. Lassen Items bei den Befragten einen großen Interpretationsspielraum zu, können die Ergebnisse erheblich verzerrt sein.

Problematisch ist bei einigen Studien die inhaltliche Definition von Rechtsextremismus. Die hohen Zustimmungswerte bei den Dimensionen „Ausländerfeindlichkeit“ und „Chauvinismus“ in der Untersuchung von Decker und Brähler kommen vor allem dadurch zu Stande, dass die Formulierungen weniger extremistische Inhalte wiedergeben als Aussa-

gen, die im demokratischen Spektrum verankert sind. Und dies weist auf die inhaltliche Problematik hin: Ob im Thüringen-Monitor, den Studien von Heitmeyer oder der Extremismusstudie von Decker und Brähler: Die als rechtsextrem klassifizierten und getesteten Inhalte messen wahrscheinlich nur teilweise Rechtsextremismus. Die manchmal gemessene große Unterstützung rechtsextremen Denkens könnte somit auch auf einer Messung von Aussagen beruhen, die von den Befragten anders interpretiert wurden als von den Forschern intendiert, wodurch sie nicht zweifelsfrei dem Rechtsextremismus zugeordnet werden können.³⁵

Hierzu einige Beispiele: In fast allen Studien wird die Dimension Chauvinismus/Nationalismus als typisch für den Rechtsextremismus gemessen. Zweifellos ist der übersteigerte Nationalismus nach wie vor ein Wesensmerkmal und ein Agitationsfeld des politischen Rechtsextremismus. Doch stellt sich insbesondere hier die Frage³⁶ der Validität der Messung:

Mit dem Item *„Deutschland sollte wieder eine führende Rolle in der Welt übernehmen“*³⁷ soll ebenso wie mit den Items *„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“*³⁸ Chauvinismus/Nationalismus gemessen werden. Doch sind diese Aussagen schwerlich als chauvinistisch zu interpretieren. Selbst die rot-grüne Außenpolitik von Joschka Fischer und Gerhard Schröder kann darunter subsumiert werden, wenn man bspw. die politisch klare Abgrenzung gegenüber den USA betrachtet, insbesondere während des Irak-Krieges. Dass Deutschland eine führende Rolle in der Welt einnimmt, ist nicht strittig. Auch *„Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht“*³⁹ ist nicht unbedingt Ausdruck von Chauvinismus, wenn man beispielsweise die Versuche Deutschlands (beginnend mit der rot-grünen-Koalition) betrachtet, einen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu erhalten. Dies gehört eher zur normalen Außenpolitik jedes souveränen Landes. *„Wir sollten endlich wieder den Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“* war das Feuilleton-Thema der Fußballweltmeisterschaft 2006. Chauvinismus würde bspw. eher durch ein Item gemessen, das sinngemäß beinhaltet, dass am „deutschen Wesen die Welt genesen soll“, also die prinzipielle Überlegenheit der deutschen Nation gegenüber allen anderen Nationen postuliert und daraus einen Führungsanspruch ableitet.

Auch bei der Messung der Ausländerfeindlichkeit finden sich interpretationsoffene Formulierungen. *„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer gefährlich überfremdet“*⁴⁰ lautet eine Aussage. Wer dem zustimmt, muss nicht zwangsläufig persönlich ausländerfeindlich sein. Dann müsste die Formulierung lauten: *„Ich bin der Meinung, dass Deutschland durch die vielen Ausländer gefährlich überfremdet wird“*. Besser wäre, wenn man noch konkreter fragt. Hier böte sich eine Formulierung wie *„Ausländer und Asylanten sind der Ruin Deutschlands“* an. Ein anderes Statement misst ebenfalls nur bedingt Ausländerfeindlichkeit. Da kein Land der Welt gegenüber Ausländern eine unbegrenzte Zuzugsgenehmigung erteilt und unbegrenzte Aufenthaltsmöglichkeiten gewährt, ist fraglich, was die Aussage. *„Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“*⁴¹ misst. Die Bevorzugung einheimischer Arbeitskräfte wird in vielen demokratischen Ländern praktiziert (Kanada, USA). Ob hinter der Äußerung *„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“* individuelle Ressentiments oder Rassismus verborgen sind, bleibt offen. Die Spekulation über Motive muss hingegen nicht ausländerfeindlich sein, zumal in den Medien immer wieder Beispiele für eine Ausnutzung des Sozialstaates publiziert werden. Auch das Item *„Ausländer sollten so schnell wie möglich Deutschland verlassen“* misst nicht zwangsläufig „ethnisch motivierte Fremdenfeindlichkeit“.⁴² Nicht jedem Ausländer wird ein unbegrenztes Aufenthaltsrecht eingeräumt, da Ausländerpolitik nach unterschiedlichen Gruppen differenziert und daher auch z.T. eine Rückkehr anstrebt. Eindeutiger wäre ein Formulierung wie *„Wer nicht Deutscher ist, muss aus Deutschland so schnell wie möglich abgeschoben werden“* (was übrigens eine programmatische Forderung der NPD ist).

Auch die Dimension Antisemitismus wird mit Items gemessen, die mehrdimensional sind. Gerade eine Aussage wie *„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“*⁴³ misst nicht nur Antisemitismus, sondern auch Anomie. Würde „Die Juden“ bspw. in Berlin durch „Die Bayern“ ersetzt, erhielte man wahrscheinlich sehr große Zustimmung. Statt *„Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß“*⁴⁴ sollte die „jüdische Weltverschwörung“ gemessen werden, da dies zentraler Bestandteil der rechtsextremen Argumentation ist. *„Ohne die Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen“* lässt offen, wer mit diesem „man“ gemeint ist. Der Befragte könnte vermuten, dass das bei anderen der Fall ist. Auch bei der Dimension Antisemitismus ist nicht zweifelsfrei zu

klären, was konkret gemessen wird. Dies zeigt sich an einem weiteren Beispiel: Die Wähler der linken Parteien insbesondere die Wähler der Grünen fallen „mit ihrem relativ hohen Anteil an antisemitischen Wählern“ auf.⁴⁵ Gerade dieser Zusammenhang legt die Schlussfolgerung nahe, dass statt Antisemitismus auch pro-palästinensische Einstellungen erfasst werden.

„Wir sollten wieder einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“⁴⁶ und „Was Deutschland jetzt braucht ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“⁴⁷: Hierin spiegeln sich identitäre politische Vorstellungsbilder wider, die seit Rousseau weite Verbreitung finden. Dabei fällt eine verstärkte Zustimmung in den neuen Ländern auf, was auf eine eventuelle DDR-Nostalgie zurückgeführt werden könnte. Auch wenn mit „Führer“ und „Volksgemeinschaft“ Schlüsselbegriffe aus dem Nationalsozialismus verwendet werden, ist nicht auszuschließen, dass deren Wesensgehalt mittlerweile verblasst ist und die Befragten sich durch die Formulierung „zum Wohle aller“ über den vermeintlichen Inhalt täuschten.

„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“⁴⁸ könnte nicht nur eine Verharmlosung, sondern auch eine Nostalgie messen. Wenn z.B. der Thüringen-Monitor nach der sozialistischen Diktatur fragt und herausfindet, dass die Mehrheit der Ansicht ist, die DDR hätte mehr gute als schlechte Seiten gehabt, wird dies nicht als Verharmlosung der Diktatur und somit als linksextreme Einstellung gewertet. „Bei der Interpretation ist zu berücksichtigen, dass es sich um eine Gesamtbewertung handelt, die nicht primär durch die Beurteilung des politischen Systems der DDR bestimmt ist“, schreiben die Autoren⁴⁹ des Thüringen-Monitors. Eine ähnliche Relativierung findet sich im selben⁵⁰ Thüringen-Monitor nicht („Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“).

Das Item „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen“ soll Autoritarismus messen.⁵¹ Gehorsam und Disziplin sind Werte, die klassischerweise dem Konservatismus zugeordnet werden. Zudem sind die Erziehungsziele vielleicht aus der Sicht der „antiautoritären“ Schule nicht anstrebenswert, doch ist ein Bezug zum Rechtsextremismus – wenn überhaupt – nur indirekt herstellbar.

Eine eindeutige Formulierung könnte erreicht werden, wenn man die Aussage „Es gibt wertvolles und unwertes Leben“⁵² um den Begriff „menschliches Leben“ erweitert.

Wenn also Befragte, die auf diesen Items hohe Zustimmungen haben, dem Rechtsextremismuspotential zugeordnet werden, ist dies äußerst problematisch. Zudem ist nicht dokumentiert, wie viele Befragte wie stark den einzelnen Aussagen zustimmen, so dass eine Nachvollziehbarkeit nicht gegeben ist. Wäre in den Studien eine Dokumentation der Verteilung der unterschiedlichen Items erfolgt, könnte man nachvollziehen, wie groß die Potentiale tatsächlich sind.

FORSCHUNGSDESIDERAT: EXTREMISMUSKALA

Sicherlich gibt es keinen Königsweg bei der Messung von Extremismus. Auch eine Normierung und Festlegung von „Messstandards“ würde dieses Problem nicht lösen. Die wissenschaftliche Freiheit kann und darf auch nicht beschnitten werden. Jüngst wurde z.B. im Sachsen-Anhalt-Monitor⁵³ ein alternativer Weg bei der Messung von Rechtsextremismus beschrieben. Wünschenswert wäre eine breitere Offenlegung der Detailmessungen in einigen Studien, da die Transparenz der Ergebnisse verbessert würde.

Doch lassen sich Desiderata extrahieren. Dazu zählt die Erweiterung der schon breit etablierten Rechtsextremismusforschung durch die empirische Erforschung des Linksextremismus und anderer extremistischer Erscheinungsformen (religiös motivierter Extremismus).

Zu den Forschungsdesiderata gehört aber auch die Entwicklung einer extremistischen Gesamtskala.⁵⁴ Diese sollte auf jeden Fall politische Inhalte der Extremismen sowie konstituierende Strukturelemente des extremistischen Denkens enthalten.⁵⁵ Auf der theoretischen Ebene finden sich bei Backes⁵⁶ Hinweise, welche Dimensionen eine solche Skala enthalten sollte. Er entwickelt eine „Definitio ex positivo“ des Extremismus, in der extremistische Doktrinen auf ihre strukturellen Gemeinsamkeiten untersucht werden. Als deren Elemente definiert er: Absolutheitsanspruch, Dogmatismus, Fanatismus/Aktivismus, Utopismus/kategorischer Utopieverzicht, Freund-Feind-Stereotype und Verschwörungstheorien.⁵⁷ Unter Absolutheitsanspruch kann die „Verabsolutierung bestimmter Grundannahmen über die Wirklichkeit“⁵⁸ und unter Dogmatismus „ein System von Aussagen, das auf axiomatischen Setzungen basiert“⁵⁹

verstanden werden. Parallel zu den Annahmen über die Wirklichkeit und die Kategorisierung in „wahr“ und „falsch“ differenziert der politische Extremismus auch nach gut und böse. Freund-Feind-Stereotype treten so als quasi personalisierte Form von Absolutheitsanspruch und Dogmatismus auf. Der Utopismus/Chiliasmus basiert auf dem einigenden Gedanken der Schaffung einer besseren Welt, auch wenn dadurch die bestehende Welt zerstört werden muss. Verschwörungstheorien basieren auf der Annahme, dass hinter dem Sichtbaren geheime manipulierende Kräfte am Werk sind, was die Theorien „gegenüber Versuchen der empirischen Prüfung immun“ macht. Auch Fanatismus und Aktionismus blenden (Selbst-)Reflexion weitgehend aus und bringen den extremistischen Theorien die notwendige Durchsetzungsfähigkeit.

In Umfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung⁶⁰ wurde versucht, eine Extremismusskala zu entwickeln. Ein Ergebnis der Untersuchung ist in untenstehender Tabelle dargestellt. In einer Faktorenanalyse⁶¹ wurden aus ursprünglich 49 Items sieben Faktoren extrahiert. Zwei dieser Faktoren gliedern den ideologischen Raum nach Rechts- und Linksextremismus und fünf Faktoren bilden nicht nach rechts und links einteilbare Einstellungsdimensionen ab. Der eigenständige rechtsextreme Faktor besteht aus übersteigertem Nationalismus, Xenophobie und Autoritarismus. Nationalsozialistische Elemente wurden in der Umfrage nicht separat erhoben, würden wahrscheinlich auf dem gleichen Faktor laden⁶². Auf diesem Faktor finden sich die für rechtsextreme Neigungen bekannten Elemente.

Einen klar abgegrenzten Faktor bildet der Sozialismus. In der Theorie wurden Items mit Sozialismusbezug unterschiedlichen Dimensionen zugeordnet. Die ausschließliche Lösungskompetenz des Sozialismus wurde unter die Rubrik Dogmatismus gefasst, drei Items (DDR mehr gute als schlechte Seiten, mangelnde Geborgenheit in der Bundesrepublik und Verstaatlichung der Wirtschaft) wurden unter dem Aspekt der DDR-Nostalgie formuliert und die Ablehnung der demokratischen Ordnung wurde als eigenständige Kategorie betrachtet. DDR-Nostalgie ist dimensional nicht von einer aktuellen Zustimmung zum Sozialismus zu trennen. DDR-Nostalgie ist demnach nicht nur die Sehnsucht nach der „guten alten Zeit“. Sie geht einher mit der konkreten Ablehnung der Demokratie und der Utopie einer besseren Staatsform. Auch wenn dies nicht wörtlich abgefragt wurde, dürfte dies schon weitgehend einer der untergegangenen sozialistischen Staatsformen entsprechen. Die

Geschlossenheit dieses Syndroms zeigt sich auch am Dogmatismus, der sich darin ausdrückt, dass einzig dem Sozialismus die Lösung aller Probleme zugeschrieben wird. Der sozialistische Faktor unterscheidet sich somit von dem rechtsextremen Faktor durch Dogmatismus und der konkreten Ablehnung der Demokratie.

Ein dritter Faktor setzt sich aus populistischer Elitenkritik und unterschiedlichsten verschwörungstheoretischen Elementen zusammen. Die in die Itematterie eingeführte Dimension der Freund-Feind-Stereotype (*„Kapitalismus richtet Welt zugrunde/Ausländer und Asylanten sind der Ruin Deutschlands“*) zerfällt in zwei Bereiche. Die monokausale Schuldzuschreibung des Kapitalismus zählt zu den Verschwörungstheorien, die xenophobe Schuldzuweisung lädt auf dem Faktor des Rechtsextremismus.

Die vierte Ebene bildet Fanatismus/Aktivismus und Radikalität. Radikales, gewaltbereites Handeln geht einher mit Kompromisslosigkeit und der Anwendung des Rechts des Stärkeren. Ideologischer Dogmatismus, der plurale Meinungsbildungsprozesse negiert, verbindet sich mit der Idee, die Durchsetzung des „Richtigen“ mit Gewalt zu erzwingen.

Der fünfte Faktor spiegelt eine Distanz zur Gesellschaft wider. Die Sorge, individuell auf die Verliererseite des Lebens zu geraten, ist gekoppelt mit Wertepessimismus. Gemessen wurde sowohl die Ablehnung des „american way of life“ als auch die „Verwahrlosung durch Luxus“, was in Verbindung mit der Klage, dass es keine Ideale mehr in der Gesellschaft gebe, als Zeichen von Entfremdung interpretiert werden kann. Das Gefühl des Werteverfalls aufgrund der Wertedekadenz steht (wie auch die Nebenladung verdeutlicht) eng im Zusammenhang mit Ängsten, Verlierer der Modernisierung zu werden.

Im sechsten Faktor drückt sich politische Entfremdung aus. Das Gefühl, dass man nicht mehr Schritt halten kann, Politik zu kompliziert ist, verbindet sich mit der Resignation über die Möglichkeiten politischen Engagements. Das Gefühl, nicht mehr Schritt halten zu können, hat eine Verbindung zu dem Faktor des Wertepessimismus und der Sorge, auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.

Der letzte Faktor repräsentiert den Wunsch nach einer idealen Gesellschaft (Utopismus/Chiliasmus).

Alle anderen Items hatten entweder starke Nebenladungen oder bildeten keinen eigenen Faktor, sie haben somit eine geringe Erklärungskraft. Die Faktorenanalyse verdeutlicht, dass der Unterschied zwischen populistischen und extremistischen Einstellungen gegeben ist. In einer ersten Faktorenanalyse zeigte sich, dass sich zwei getrennte Skalen bildeten: eine mit populistischen und eine mit extremistischen Inhalten. Politische Entfremdung, populistische Parolen, Wohlstandschauvinismus, Parteibindungen und Einstellungen zu Parteien sowie das Demokratie- und Staatsbürgerverständnis bilden eigene Faktoren, deren Anteil an der erklärten Varianz gering ist. Politischer Protest und Populismus auf der einen Seite und extremistische Einstellungen auf der anderen Seite markieren zwei voneinander zu trennende Einstellungsdimensionen. Politischer Protest manifestiert sich üblicherweise am politischen System und seinen Repräsentanten. Diese Ebene entfällt beim Extremismus fast gänzlich. Die weit verbreitete Kritik an Parteien, Politikern und dem Staat spielt keine Rolle. Ebenfalls ohne eigenständige Erklärungskraft erweist sich der Wohlstandschauvinismus, außer er enthält eine ethnozentrische oder nationalistische Komponente. Aus dem Bereich des Populismus findet sich nur die Elitenkritik im Extremismus wieder.

EXTREMISMUS (FAKTORENANALYSE) 1997	
Faktor 1: Rechtsextremer Autoritarismus	
Wir sollten darauf achten, dass wir das Deutsche reinhalten und Völkervermischung unterbinden.	0,717
Ich wünsche mir ein Deutschland, in dem das deutsche Volk endlich wieder das Sagen hat.	0,687
Ausländer und Asylanten sind der Ruin Deutschlands.	0,639
Die Deutschen sind anderen Völkern überlegen.	0,616
Es muss wieder jemanden geben, der sagt, wo es in der Politik langgeht.	0,529
Faktor 2: Linksextreme Anti-Demokratie	
Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.	0,796
Im kapitalistischen System der Bundesrepublik fehlt die Geborgenheit und Solidarität der DDR.	0,782
Die entscheidenden Schlüsselzweige der Wirtschaft müssen verstaatlicht werden.	0,627
Nur mit dem Sozialismus lassen sich alle Probleme lösen.	0,533 ¹⁾
In der Demokratie geht vieles nicht so, wie man es sich wünscht, aber es gibt keine bessere Staatsform.	-0,420

EXTREMISMUS (FAKTORENANALYSE) 1997	
Faktor 3: Elitenkritik/Verschwörungstheorie	
„Die da oben“ machen doch nur, was sie wollen.	0,734
Politik wird heute auf dem Rücken der kleinen Leute ausgetragen.	0,722
Die Medien sind manipuliert und dienen nur zur Volksverdummung.	0,539
Der Kapitalismus richtet die Welt zugrunde.	0,376 ²⁾
Die meisten Menschen haben keine Ahnung, wie stark ihr Leben von geheimen Abmachungen und Plänen kontrolliert wird.	0,342 ³⁾
Faktor 4: Radikalismus/Aktivismus	
In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.	0,652
Wer nicht radikal handelt, kann die wahren Ideale in der Politik nicht verwirklichen.	0,638
Nur wenn das Recht des Stärkeren auch in der Politik angewandt wird, lassen sich die Probleme der Menschheit lösen.	0,608 ⁴⁾
In der Politik gibt es nur wahr und falsch. Deshalb darf man keine Kompromisse machen.	0,527
Faktor 5: Wertepessimismus	
Durch den zunehmenden Luxus verahrlost unsere Gesellschaft.	0,783
Es ist schlimm, dass sich amerikanische Lebensformen und Einstellungen bei uns immer mehr ausbreiten.	0,745
In unserer heutigen Gesellschaft gibt es keine Ideale mehr, an denen man sich orientieren kann.	0,471 ⁴⁾
Es macht mir Sorgen, dass ich durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens gerate.	0,338 ⁵⁾
Faktor 6: Politische Entfremdung	
Politik ist so kompliziert geworden, dass man als Bürger oft gar nicht richtig versteht, worum es geht.	0,784
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	0,604 ⁶⁾
Heute verändert sich alles so schnell, dass man kaum noch Schritt halten kann.	0,603 ⁷⁾
Faktor 7: Utopismus	
Wir müssen eine Welt schaffen, in der alle Menschen nach einem gemeinsamen Ideal zusammenleben.	0,801
Ich wünsche mir, dass die Menschen in Zukunft in der klassenlosen Gesellschaft leben können.	0,762

Quelle: Neu, 2003, S. 242 f.; Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr.: 9702.

Dargestellt sind die Werte +3 und +2 von einer von +3 bis -3 reichenden Skala

¹⁾ Nebenladung auf Faktor 2 und 5 | ²⁾ Nebenladung auf Faktor 1, 2 und 5 |

³⁾ Nebenladung auf Faktor 1 | ⁴⁾ Nebenladung auf Faktor 3 | ⁵⁾ Nebenladung auf

Faktor 6, 3 und 2 | ⁶⁾ Nebenladung auf Faktor 3 | ⁷⁾ Nebenladung auf Faktor 5

erklärte Varianz: 54,5 Prozent/Rotation: rechtwinklig (orthogonal)/Varimax-Methode.

Interpretation: Je größer der Wert der einzelnen Aussage, desto höher ist seine Bedeutung für den einzelnen Faktor. Die Koeffizienten sind keine Prozentwerte, sie geben nur die Wertigkeit innerhalb des Faktors wider. Zum Beispiel sieht man, dass die klassischen Verschwörungstheorien für die Erklärung des Faktors ‚5‘ eine geringere Relevanz haben als die Elitenkritik.

In der Umfrage 2007 wurde nur eine verkürzte Itemliste abgefragt, die weniger Dimensionen enthielt. Daher können die Berechnungen von 1997 nicht repliziert werden. Doch ergeben sich hier neue Zusammenhänge, die deutlich machen, dass extremistische und populistische Ansichten sich dimensional vermischen und ergänzen. Es kristallisieren sich drei Faktoren heraus: Linkspopulismus/Linksextremismus, Rechtspopulismus/Rechtsextremismus und ein Faktor, der demokratische Positionen umfasst. Gleichmaßen findet sich hier eine Affinität zu einer Diktatur.

Der Faktor Linkspopulismus/Linksextremismus wird am stärksten von den Dimensionen Elitenkritik/Protest/Modernisierungsverlierer geprägt. Populismus, Freund-Feind-Stereotype, Utopismus und Verschwörungstheorien prägen ihn darüber hinaus. Den Faktor Rechtspopulismus/Rechtsextremismus prägt an erster Stelle das Freund/Feind-Stereotyp. Eine große Rolle spielen die unterschiedlichen Verschwörungstheorien. Dennoch wird die Demokratie als Staatsform nicht deutlich abgelehnt.

Der Faktor Demokratie zeichnet sich dadurch aus, dass er zwar auch Populismus beinhaltet, während Elemente, die zu einer extremistischen Weltanschauung zählen, jedoch deutlich abgelehnt werden. Die Akzeptanz der Demokratie und die Ablehnung einer Diktatur sind wechselseitig konstituierend.

EXTREMISMUS-POPULISMUS (FAKTORENANALYSE) 2007	
Faktor 1: Linkspopulismus mit linksextremer Ausrichtung	
Politik wird heute auf dem Rücken der kleinen Leute ausgetragen.	0,676
Die da oben machen doch nur was sie wollen.	0,620
Es macht mir Sorgen, dass ich durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens gerate.	0,617
Es ist beschämend, wie mit den sozial Schwachen in der Gesellschaft umgegangen wird.	0,595
Der Kapitalismus richtet die Welt zugrunde.	0,550
Ich wünsche mir, dass die Menschen in Zukunft in der klassenlosen Gesellschaft leben können.	0,519
Die Arbeitslosigkeit wird nur durch die Profitinteressen des Großkapitals geschaffen.	0,469
Die Reichen und Mächtigen verhindern, dass die Bürger ihren gerechten Anteil von dem bekommen, was sie erarbeitet haben.	0,408
<i>Nebenladung: Unter bestimmten Umständen ist eine Diktatur die bessere Staatsform.</i>	0,323
Faktor 2: Rechtspopulismus mit rechtsextremer Ausrichtung	
Ausländer und Asylanten sind der Ruin Deutschlands.	0,601
Die meisten Menschen haben keine Ahnung, wie stark ihr Leben von geheimen Abmachungen und Plänen kontrolliert wird.	0,374
<i>Nebenladungen:</i>	
<i>Die Arbeitslosigkeit wird nur durch die Profitinteressen des Großkapitals geschaffen.</i>	0,426
<i>Die Reichen und Mächtigen verhindern, dass die Bürger ihren gerechten Anteil von dem bekommen, was sie erarbeitet haben.</i>	0,426
<i>In der Demokratie geht vieles nicht so, wie man es sich wünscht, aber es gibt keine bessere Staatsform.</i>	0,324
Faktor 3: Demokraten	
In der Demokratie geht vieles nicht so, wie man es sich wünscht, aber es gibt keine bessere Staatsform.	0,679
Unter Umständen ist eine Diktatur die bessere Staatsform.	-0,641
<i>Nebenladungen:</i>	
<i>Es ist beschämend, wie mit den sozial Schwachen in der Gesellschaft umgegangen wird.</i>	0,354
<i>Ausländer und Asylanten sind der Ruin Deutschlands.</i>	-0,287
<i>Ich wünsche mir, dass die Menschen in Zukunft in der klassenlosen Gesellschaft leben können.</i>	-0,225

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2007
Hauptkomponentenanalyse; KMO: 0,79; erklärte Varianz: 43 Prozent

Dieser Weg der empirischen Extremismusforschung beschreitet Neuland. Aufgrund der Ergebnisse, die gleichermaßen Gemeinsamkeiten wie Unterschiede der Extremismen erkennen lassen, scheint es lohnend, diesen Ansatz weiterzuentwickeln. Trotz bestehender Differenzen zwischen den Extremismen zeigt der empirische Vergleich auch Analogien in den Denkmustern. Bei aller Unterschiedlichkeit der Extremismen finden sich gemeinsame Strukturmerkmale wie Elitenkritik, Verschwörungstheorien, Radikalismus, Aktivismus, Wertepessimismus, Entfremdung und Utopismus. Der bislang in der Forschung verbreitete Ansatz, Rechtsextremismus auf der Basis einiger Aussagen zu messen, könnte hierdurch erweitert werden. Sichtbar wird auch, dass Populismen und Extremismen auf ähnlichen Einstellungsmustern beruhen, quasi Hand in Hand gehen. Bei Befragten mit einer starken Zustimmung zur Demokratie zeigt sich hingegen eine deutliche Reserviertheit und Ablehnung gegenüber populistischen wie extremistischen Einstellungen.

- 1| Adorno, 1982; Schumann, 1990.
- 2| Gurr, 1972.
- 3| Hofstadter, 1964; Lipset, 1964.
- 4| Vgl. Winkler, 1996; Backes / Jesse, 1996, S. 300 ff.
- 5| Vgl. für die gesamte Rechtsextremismusforschung: Falter / Jaschke / Winkler, 1996; Backes / Jesse, 2006; Kailitz, 2004.
- 6| Klingemann / Pappi, 1972; Infratest, 1980; Noelle-Neumann/Ring, 1984, Arzheimer / Klein, 1997.
- 7| Klingemann / Pappi, 1972; vgl. Kaase, 1971.
- 8| Klingemann / Pappi, 1972, S. 68.
- 9| Klingemann / Pappi, 1972, S. 110.
- 10| Klingemann / Pappi, 1972, S. 110.
- 11| Infratest 1980; Noelle-Neumann / Erp, 1984; Sinus, 1981.
- 12| Vgl. Arzheimer, 2005, S. 414 ff.
- 13| Stöss, 1989; Falter, 1994.
- 14| Lang, 2006, S. 41 ff.
- 15| Falter, 2000, S. 406; Niedermayer / Stöss, 1998, 2002, 2005.
- 16| Falter 2000, S. 406 ff.
- 17| Die vorgeschlagenen Dimensionierungen des Phänomens Extremismus bspw. anhand des Links-Rechts-Schemas oder Items, welche die Akzeptanz von demokratischen Verfahrensregeln messen, sind ebenfalls nicht unproblematisch. Bei der Rechts-Links-Skala kann die Einordnung auf den Polen nicht eindeutig ausfallen, da es z.B. im Rechtsextremismus durchaus auch ideologische und inhaltliche Überschneidungen mit dem Linksextremismus gibt, wie die Programmatik der NPD verdeutlicht. Vgl. Eysenck, 1968; 1975, Lipset /Raab, 1978; Klingemann / Pappi, 1972. Zur Kritik an Kitschelt's räumlichen Modell vgl. Arzheimer, 2005, S. 404. Vgl. zur Programmatik der NPD, Bergsdorf, 2007, S. 79 ff.

- 18| Hierdurch kam es bei Wahlprognosen zu Fehleinschätzungen. Vgl. Neu / Zelle, 1992, S. 3 ff.
- 19| Eines der spektakulären Beispiele war die Landtagswahl in Baden-Württemberg 1992, bei der die Republikaner 10,9 Prozent der abgegebenen Stimmen erzielten und in den Prognosen sich nicht einmal der Einzug in den Landtag abgezeichnet hatte. Allensbach behauptete zwar, sie hätten das Ausmaß des Anstieges im Vorfeld der Wahl gemessen, aber aus politischen Gründen nicht bekannt gegeben. Da die Daten nicht veröffentlicht sind, entziehen sie sich der Überprüfbarkeit. Vgl. Neu / Zelle 1992. Der Einzug der DVU in den Landtag Sachsen-Anhalts 1998 war in der Höhe von 12,9 Prozent nicht prognostiziert worden, auch wenn mit dem Einzug gerechnet wurde. Vgl. Neu / von Wilamowitz-Moellendorff / 1998a, Neu / von Wilamowitz-Moellendorff/1998b.
- 20| Vgl. Sinus, 1981.
- 21| Vgl. Maier / Rattinger, 2000, S. 13 ff.
- 22| Vgl. Maier / Rattinger, 2000, S. 22. Ein Messinstrument wird als valide angesehen, wenn es das misst, was es messen soll. Dies stellt in der Forschung ein schwer lösbares Problem dar, da das Konstrukt gleichermaßen valide sein muss. Die Reliabilität bedeutet die Stabilität bei wiederholten Messungen unter gleichen Bedingungen.
- 23| Niedermayer / Stöss, 1998.
- 24| INTER/ESSE, 8/1998, S. 1.
- 25| Thüringen-Monitor, 2006, S. 69ff.
- 26| Thüringen-Monitor, 2006, S. 70.
- 27| Thüringen-Monitor, 2007, S. 74 ff.
- 28| Decker / Brähler, 2006, S. 35 ff.; S. 42 ff., S. 53 ff. Etwas verwirrend ist die Bildung eines „geschlossenen rechtsextremen“ Weltbildes. Einmal werden die Teilskalen herangezogen, einmal ein additiver Index. Auf Seite 42 werden die Personen zusammengefasst, die jeweils „stimme zu“ oder „stimme voll und ganz zu“ sowie allen drei Items einer inhaltlichen Dimension zugestimmt haben. Auf Seite 53 wird von rechtsextremen Wählern gesprochen. Hier werden Summenindizes gebildet. In der einen Gruppe sind Wähler, die einen Wert von größer als 63 erreichen und in der anderen Gruppe einen Wert von 72 (S. 73).
- 29| Vgl. Decker / Brähler, 2006.
- 30| Decker / Brähler, 2006, S. 42; 53; 72.
- 31| Es gibt unterschiedliche publizierte Angaben. Es konnte nicht nachvollzogen werden, worauf diese beruhen. Vgl. die Angaben über die Anzahl der Befragten: Decker / Brähler, 2006, S. 53. In den Medien (z.B. Netzzeitung, <http://www.netzeitung.de/voiceofgermany/452498.html>, vom 25.09.2007) wird von 6,6 Prozent der Befragten im Osten und 9,1 Prozent im Westen gesprochen, die über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen würden. In der Tagesschau wird von knapp neun Prozent deutschlandweit gesprochen, <http://www.tagesschau.de/inland/meldung90550.html>, vom 25.09.2007.
- 32| Decker / Brähler, 2006, S. 43.
- 33| Prozentuiert man die auf S. 53 veröffentlichten Angaben über die Größenordnungen der Potentiale, kommt man auf insgesamt 10,2 Prozent. Danach gehören 390 Befragte der Gruppe der Rechtsextremen und 109 Befragte der Gruppe der Rechtsextremen mit geschlossenem Weltbild an. Auf S. 30 wird als realisierte Stichprobe 4.872 angegeben.
- 34| Sehr intensiv hat sich Klaus Schroeder mit dieser Thematik auseinandergesetzt. Vgl. Schroeder, 2006.

- 35| *Den Befragten wurden 18 Aussagen vorgelegt, von denen sechs eher national-konservativ oder rechtspopulistisch als rechtsextrem sind. Dies sind auch Aussagen mit hohen Zustimmungsraten in der Bevölkerung (insbesondere in Bayern): Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen; Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben; Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken; Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland; Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht; Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.*
- 36| Neu, 2004, S. 14 ff.
- 37| Stöss, 2001, S. 21 ff.
- 38| Decker / Brähler, 2006.
- 39| Decker / Brähler, 2006.
- 40| Decker / Brähler, 2006.
- 41| Decker / Brähler, 2006.
- 42| Stöss, 2001, S. 21 ff.
- 43| Decker / Brähler, 2006.
- 44| Decker / Brähler, 2006.
- 45| FES, 2006, S. 53.
- 46| Decker / Brähler, 2006.
- 47| Decker / Brähler, 2006.
- 48| Decker / Brähler, 2006.
- 49| Thüringen-Monitor, 2006, S. 57.
- 50| Thüringen-Monitor, 2006, S. 69 ff.
- 51| Stöss, 2001, S. 21 ff.
- 52| Decker / Brähler, 2006.
- 53| Sachsen-Anhalt-Monitor, 2007.
- 54| Vgl. Neu, 2003, S. 151 ff; 217 ff.
- 55| *Dabei wäre jede andere Ausprägung ebenfalls denkbar, so z.B. religiöser Extremismus.*
- 56| Vgl. Backes, 1989, S. 328.
- 57| Vgl. Backes, 1989, S. 330.
- 58| Backes, 1989, S. 300.
- 59| Backes, 1989, S. 301.
- 60| Neu, 2003.
- 61| *Mit der Faktorenanalyse wird versucht, komplexe Inhalte zu erklären. Begriffe wie „Extremismus“ oder „Intelligenz“ setzen sich aus einer Vielzahl von Einzelteilen zusammen, von denen man vorher nicht weiß, ob sie tatsächlich zur inhaltlichen Erfassung angemessen sind. Zur Klärung, was inhaltlich zusammenhängt, wird die Faktorenanalyse angewandt. Die Faktorenanalyse hat von den 49 Fragen (Items), die in die Analyse gingen, 23 in einzelne Faktoren unterteilt. Diese bilden inhaltlich eng zusammenstehende Dimensionen, die sich wiederum voneinander unterscheiden. Alle anderen Items, die in der Umfrage erhoben wurden, hat die Faktorenanalyse „herausgeworfen“, da sie zur Erklärung des Extremismus keinen eigenen relevanten Faktor bildeten. Die Faktoren erklären somit, was sich hinter dem komplexen Phänomen Extremismus verbirgt.*
- 62| *Die Messwerte, die man für die einzelnen Fragen bei der Faktorenanalyse erhält, bezeichnet man als „Ladung“ (Faktorenladung). Da sich ein Faktor aus mehreren einzelnen Fragen (Items/Variablen) zusammensetzt, gibt ihre Größe an, wie gut sie den einzelnen Faktor erklären. Eine hohe Ladung erklärt dementsprechend den Faktor besser als eine niedrige.*

RECHTS- UND LINKSEXTREME EINSTELLUNGEN IN DEUTSCHLAND: EINE UMFRAGE DER KONRAD- ADENAUER-STIFTUNG¹

Es gibt deutliche Unterschiede in den Einstellungsprofilen zwischen den Anhängern demokratischer und extremistischer Parteien. Alle abgefragten Items finden bei den Anhängern der demokratischen Parteien schwächere Unterstützung als bei Anhängern der rechtsextremen Parteien und der Linken.² Im Vergleich zu 1997 ist – mit wenigen Ausnahmen – insgesamt in der Bevölkerung ein Rückgang der Zustimmung zu extremistischen wie populistischen Aussagen feststellbar. Auch innerhalb der extremistischen Potentiale ist das Niveau der Zustimmung zu den einzelnen Aussagen zum Teil deutlich niedriger als 1997. Bei der Linken könnte dies mit der Ausweitung des Wählerpotentials vor allem in den alten Ländern zusammenhängen. Mit dem Wechsel erheblicher Teile ehemals vor allem sozialdemokratischer Wähler hat sich das vorher markante Einstellungsprofil der Wählerschaft abgeschliffen. Ideologische Kernelemente verlieren durch die Erweiterung der Wählerschaft somit an Bedeutung, auch wenn einzelne linksextreme Ideologieelemente durchaus erkennbar bleiben. Womit der Rückgang extremistischer Grundüberzeugungen im rechtsextremen Potential erklärt werden kann, ist spekulativ. Vielleicht hat sich auch bei den Anhängern rechtsextremer Parteien im Nachgang zu den

Wahlerfolgen in den neuen Ländern eine „Nivellierung“ der Einstellungsstrukturen eingestellt, weil eine intensive öffentliche Debatte über die Inhalte und Ziele der rechtsextremen Parteien geführt wurde.

Das zentrale Merkmal des Extremismus ist die Ablehnung von Demokratie. Extremistische Parteien rechter wie linker Ausrichtung stellen gewöhnlich die „Systemfrage“. Die „Überwindung“ des Systems gehört zu den zentralen Forderungen der Extremen. Es zeigt sich, dass dieses politische Ziel auch in den Anhängerschaften der extremistischen Parteien auf eine ideologische Zustimmung stößt. So ist die Ablehnung der Demokratie in den Anhängerschaften der extremistischen Parteien weit verbreitet. Gefragt wurde, ob eine Diktatur besser als eine Demokratie³ sein kann. Hier zeigen sich die Anhänger der demokratischen Parteien recht unbeeindruckt. Anders sieht es bei den Anhängern der Extremen aus: Vor allem die Anhänger der rechtsextremen Parteien stimmen mit 40 Prozent der Aussage zu *„Unter bestimmten Umständen ist eine Diktatur die bessere Staatsform“*. Aber auch die der Linken nahe stehenden Befragten zeigen eine hohe Bereitschaft, eine Diktatur zu legitimieren. 24 Prozent der Linken-Anhänger sehen Vorteile von einer Diktatur gegenüber einer Demokratie. Entsprechend schwächer fällt auch die Verteidigung der Demokratie aus. 34 Prozent der Anhänger der rechtsextremen Parteien stimmen der Aussage zu *„In der Demokratie geht vieles nicht so, wie man es sich wünscht, aber es gibt keine bessere Staatsform“*. 1997 sagten immerhin noch 63 Prozent, dass sie die Demokratie für die beste Staatsform halten würden. Damit ist im Unterschied zu der Tendenz des Rückgangs der Zustimmung zu extremistischen Aussagen in diesem Bereich bei den Anhängern der rechtsextremen Parteien ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Die Zweifel an der Demokratie sind bei den Anhängern der PDS/Die Linke im Zeitverlauf hingegen weitgehend stabil: 45 Prozent bejahten 2007 die Demokratie; 41 Prozent waren es im Jahr 1997. Doch ist das Zustimmungsniveau zu dieser Aussage insgesamt zurückgegangen. Im Ganzen stimmen gerade einmal 52 Prozent dieser Aussage stark zu. 1997 waren es noch fast zwei Drittel. Somit zeigt sich, dass eine Diktatur zwar nur für Minderheiten eine Alternative Staatsform darstellt, die demokratische Staatsform aber mit Zweifeln bewertet wird.

Insgesamt⁴ wird die „klassenlose Gesellschaft“ als politisches Zukunftsziel deutlich abgelehnt. Nur 16 Prozent⁵ stimmen der Aussage zu *„Ich wünsche mir, dass die Menschen in Zukunft in der klassenlosen Gesellschaft leben können“*. Im Vergleich zu 1997 ist die Zustimmung von 29 Prozent

um 13 Punkte stark gesunken. Potentielle Wähler der Linken sehen dies jedoch anders. Erwartungsgemäß findet sich hier die größte Unterstützung: 37 Prozent befürworten diese Utopie. Im Vergleich zu 1997 hat jedoch auch in dieser Gruppe die Attraktivität der sozialistischen Heilversprechung eine Einbuße erfahren. 1997 bejahten noch 51 Prozent der PDS-Anhänger⁶ diese Aussage. In allen anderen Anhängerschaften finden sich nur geringe Zustimmungswerte. Zweistellig sind sie nur noch bei den SPD- und Grünen-Anhängern, aber auch bei den Anhängern der rechtsextremen Parteien.

Deutlich zugenommen hat das Gefühl, zu den Modernisierungsverlierern zu gehören. 1997 stimmten der Aussage *„Es macht mir Sorgen, dass ich durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens gerate“* 23 Prozent zu. Dieser Anteil ist auf 33 Prozent angestiegen. Vor allem von den Anhängern der Linken im Osten wird diese Einstellung geteilt (45 Prozent Ost; 37 Prozent West). Die Angst, zu den Modernisierungsverlierern zu gehören, beschränkt sich jedoch im Unterschied zu 1997 nicht mehr nur auf die Anhänger der extremistischen Parteien. In fast allen Anhängerschaften (leicht unterdurchschnittlich ist die CDU-Anhängerschaft mit 27 Prozent) hat die Angst zugenommen. Nach wie vor fühlen sich die Anhänger der Linken aber auch der rechtsextremen Parteien von Elitenkritik stark angesprochen. *„Die da oben machen doch nur, was sie wollen“* sagen 57 Prozent der Anhänger der Linken (1997: 64 Prozent). 77 Prozent der potentiellen Wähler rechtsextremer Parteien stimmen der Aussage zu (1997: 63 Prozent). Insgesamt ist die Zustimmung jedoch von 50 Prozent auf 38 Prozent gesunken. Politischer Protest und Elitenkritik gehen Hand in Hand. Daher stimmen Mehrheiten der Anhänger der extremistischen Parteien zu, wenn gefragt wird, ob die *„Politik heute auf dem Rücken der kleinen Leute ausgetragen“* wird. 60 Prozent der potentiellen Wähler der Links- (1997: 76 Prozent) und 51 Prozent der Rechtsextremen (1997: 65 Prozent) sind von der Richtigkeit dieser Aussage überzeugt. Hier ist jedoch auch bei den Anhängern der demokratischen Parteien eine recht hohe Akzeptanz zu erkennen: 42 Prozent (1997: 60 Prozent) sehen dies so. Auch der populistischen Aussage *„Es ist beschämend, wie mit den sozial Schwachen in der Gesellschaft umgegangen wird“* stimmt mit 46 Prozent eine knappe Mehrheit zu (1997: 53 Prozent). Vor allem die Anhänger der Linken teilen diese Einstellung (58 Prozent; 1997: 85 Prozent).

Die Anhänger der extremen Parteien zeichnen sich auch durch eine größere Anfälligkeit für Verschwörungstheorien aus. Der Aussage „Die Reichen und Mächtigen verhindern, dass die Bürger ihren gerechten Anteil von dem bekommen, was sie erarbeitet haben“ stimmen die Anhänger der Linken und der rechtsextremen Parteien etwa gleich stark zu (30 Prozent die Linke; 28 Prozent die rechtsextremen Parteianhänger). Im Vergleich zu 1997 sind auch hier die Zustimmungsqoten gesunken. 1997 stimmten 72 Prozent der PDS- und 40 Prozent der Anhänger der REP dieser Aussage zu. Insgesamt sammelten sich 1997 41 Prozent hinter dieser Verschwörungstheorie; 2007 waren es noch zwölf Prozent. Die klassische übergreifende Verschwörungstheorie „Die meisten Menschen haben keine Ahnung, wie stark ihr Leben von geheimen Abmachungen und Plänen kontrolliert wird“ hat ebenfalls weniger Unterstützer als noch 1997. 25 Prozent stimmten dieser Aussage 1997 zu; 2007 waren es zehn Prozent. Die allgemeine Verschwörungstheorie findet vor allem bei denen Zustimmung, die eine der rechtsextremen Parteien wählen würden (21 Prozent). Auch die klassisch linksextreme Variante der Verschwörungstheorien „Die Arbeitslosigkeit wird nur durch die Profitinteressen des Großkapitals geschaffen“ entfaltet nur noch bei den Anhängern der Linken eine gewisse Attraktivität: 22 Prozent stimmen hier zu. Insgesamt finden sich neun Prozent, die diese Aussage unterstützen (1997: 44 Prozent).

Freund-Feind-Stereotype finden erwartungsgemäß in den jeweiligen Anhängerschaften die stärkste Zustimmung: Das rechtsextreme Feindbild „Die Ausländer und Asylanten sind der Ruin Deutschlands“ findet bei 26 Prozent der Anhänger der rechtsextremen Parteien Zuspruch (1997: 54 Prozent); die linksextreme Variation „Der Kapitalismus richtet die Welt zugrunde“ bejahen 31 Prozent der Anhänger der Linken (1997: 47 Prozent).

Bis auf die Zunahme der Angst, zu den Modernisierungsverlierern zu gehören und einer gewachsenen Distanz zur Demokratie als Staatsform kann nicht von einer Zunahme extremistischer Einstellungen in der Gesellschaft gesprochen werden. Alle abgefragten Aussagen haben an Akzeptanz eingebüßt. Die Anhängerschaft der heutigen Linken unterscheidet sich von der der PDS von 1997 deutlich. Durch die Nivellierungen und das Anwachsen des Potentials im Westen sind extremistische Einstellungen zwar noch charakterisierend, haben jedoch gleichermaßen an Bedeutung eingebüßt.

ZUSTIMMUNG ZU EXTREMISMUS-ITEMS					
	Insges.	Maximales Potential rechts-extremer Parteien	Maximales Potential Die Linke	Anhänger rechts-extremer Parteien	Anhänger Die Linke
Utopismus/Chiliasmus					
Ich wünsche mir, dass die Menschen in Zukunft in der klassenlosen Gesellschaft leben können.	16 (29)	21	32	15 (30)	37 (51)
Ablehnung demokratischer Ordnung					
Unter bestimmten Umständen ist eine Diktatur die bessere Staatsform.	15	35	21	40	24
In der Demokratie geht vieles nicht so, wie man es sich wünscht, aber es gibt keine bessere Staatsform.	52 (63)	39	46	34 (63)	45 (41)
Modernisierungsverlierer					
Es macht mir Sorgen, dass ich durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens gerate.	33 (23)	32	42	35 (37)	40 (49)
Politischer Protest/Elitenkritik					
„Die da oben“ machen doch nur, was sie wollen.	38 (50)	61	55	77 (63)	57 (64)
Politik heute wird auf dem Rücken der kleinen Leute ausgetragen.	42 (60)	46	55	51 (65)	60 (76)
Populismus					
Es ist beschämend, wie mit den sozial Schwachen in der Gesellschaft umgegangen wird.	46 (53)	47	54	45 (49)	58 (85)

ZUSTIMMUNG ZU EXTREMISMUS-ITEMS					
	Insges.	Maximales Potential rechts-extremer Parteien	Maximales Potential Die Linke	Anhänger rechts-extremer Parteien	Anhänger Die Linke
Verschwörungstheorien					
Die Reichen und Mächtigen verhindern, dass die Bürger ihren gerechten Anteil von dem bekommen, was sie erarbeitet haben.	12 (41)	21	23	28 (40)	30 (72)
Die meisten Menschen haben keine Ahnung, wie stark ihr Leben von geheimen Abmachungen und Plänen kontrolliert wird.	10 (25)	23	15	21 (47)	13 (48)
Die Arbeitslosigkeit wird nur durch die Profitinteressen des Großkapitals geschaffen.	9 (44)	14	18	15 (63)	22 (77)
Freund-Feind-Stereotype					
Die Ausländer und Asylanten sind der Ruin Deutschlands.	6 (24)	20	5	26 (54)	4 (26)
Der Kapitalismus richtet die Welt zugrunde.	11 (20)	14	23	20 (30)	31 (47)

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2007. Dargestellt sind die Werte +3 und +2 auf einer von +3 bis -3 reichenden Skala. Angaben in Klammern: Vergleichszahlen zu 1997. Die Ergebnisse für die Anhänger der rechtsextremen Parteien und für das maximale rechtsextreme Potential sind aufgrund der niedrigen Fallzahl vorsichtig zu interpretieren.

EXTREMISTISCHE EINSTELLUNGEN IN DEN UNTERSCHIEDLICHEN ANHÄNGERSCHAFTEN

Gibt es einen Zusammenhang zwischen einer Sympathie für eine bestimmte Partei und der Zustimmung zu einer extremistischen Aussage? Auch bei dieser Fragestellung ergeben sich klare Unterschiede zwischen den Sympathisanten⁷ demokratischer und extremistischer Parteien. Die Sympathisanten extremistischer Parteien stimmen auch den einzelnen extremistischen Statements stärker zu. Es zeigt sich, dass auch indivi-

duell die Zustimmung zu einer extremistischen Aussage umso höher ausfällt, je stärker der Einzelne auch Sympathie für eine solche Partei empfindet?

Zunächst spiegelt sich dies in den Zustimmungswerten⁸ zu einzelnen Items wider. 32 Prozent im für die Linke maximal erreichbaren Potential von 15 Prozent wünschen sich, dass die Menschen in Zukunft in der klassenlosen Gesellschaft leben (Bevölkerung: 16 Prozent). 23 Prozent glauben, dass der Kapitalismus die Welt zugrunde richtet (Bevölkerung: elf Prozent). 21 Prozent stimmen der Aussage zu, dass unter Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform sei (Bevölkerung: 15 Prozent). 23 Prozent sehen die Reichen und Mächtigen als Verhinderer des gerechten Anteils für die Bürger (Bevölkerung: zwölf Prozent). 18 Prozent vermuten, dass die Arbeitslosigkeit durch die Profitinteressen des Großkapitals geschaffen wird (Bevölkerung: neun Prozent). 46 Prozent sehen in der Demokratie die bessere Staatsform (Bevölkerung: 52 Prozent). Der populistischen Aussage, dass die Politik auf dem Rücken der kleinen Leute ausgetragen wird, stimmen 55 Prozent zu (Bevölkerung: 42 Prozent) und 55 Prozent sagen, dass „die da oben“ doch nur machen, was sie wollen (Bevölkerung: 38 Prozent). 53 Prozent empfinden es als beschämend, wie mit den sozial Schwachen in der Gesellschaft umgegangen wird (Bevölkerung: 54 Prozent).

Im maximal erreichbaren Potential aller rechtsextremen Parteien von drei Prozent ergeben sich auch typische Antwortmuster. 35 Prozent antworten, dass unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform sei (Bevölkerung: 15 Prozent). 20 Prozent stimmen zu, dass Ausländer und Asylanten der Ruin Deutschlands seien (Bevölkerung: sechs Prozent). Doch auch auf der Ebene des Sozial-Populismus finden sich im maximalen rechtsextremen Wählerpotential erhöhte Werte. 21 Prozent stimmen der Aussage zu, dass die Reichen und Mächtigen verhindern, dass die Bürger ihren gerechten Anteil von dem bekommen, was sie erarbeitet haben (Bevölkerung: zwölf Prozent). 23 Prozent stimmen der Verschwörungstheorie zu, wonach die meisten Menschen keine Ahnung haben, wie stark ihr Leben von geheimen Abmachungen und Plänen kontrolliert wird (Bevölkerung: zehn Prozent). Die Akzeptanz der Demokratie ist im rechtsextremen Potential nicht mehrheitsfähig. So stimmen 39 Prozent der Aussage zu, dass in der Demokratie vieles nicht so geht, wie man es sich wünscht, es aber keine bessere Staatsform gibt. Doch ist mit 52 Prozent auch in der Bevölkerung eine gewisse Zurückhal-

tung gegenüber der Staatsform Demokratie sichtbar. 61 Prozent üben Elitenkritik mit der Aussage, dass „die da oben“ doch nur machen, was sie wollen (Bevölkerung: 38 Prozent). 46 Prozent glauben, dass die Politik heute auf dem Rücken der kleinen Leute ausgetragen wird (Bevölkerung: 42 Prozent).

Begrenzt man sich auf statistisch signifikante Korrelationen,⁹ wird dieser Befund weitgehend bestätigt. Insbesondere die Sympathisantenschaft der Partei Die Linke weist ein ideologisch abgrenzbares Profil auf. Die Sympathie für die Linke ist umso größer, je stärker den Aussagen zur klassenlosen Gesellschaft (.286), dem Antikapitalismus (.275), den Verschwörungstheorien „*Reiche und Mächtige*“ (.228) und „*Profitinteressen des Großkapitals*“ (.216) sowie dem Modernisierungsverlierer-Item „*Es macht mir Sorgen, dass ich durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens gerate*“ (.169) zugestimmt wird.¹⁰

In der Sympathisantenschaft der rechtsextremen Parteien zeigen sich hingegen nur zwei signifikante Zusammenhänge: Die Zustimmung zur Diktatur (.267) und das Freund-Feind-Stereotyp, Ausländer und Asylanten seien der Ruin Deutschlands (.176), haben den größten Korrelationskoeffizienten.

EXTREMISTISCHE POTENTIALE

Insgesamt zeigt sich, dass die Demokratie nach wie vor sehr starke Zustimmung findet und sich nur Minderheiten gegen die Demokratie und für eine Diktatur aussprechen.

In der Umfrage wurden zwei Fragen gestellt, mit denen eine grundsätzliche Ablehnung der Demokratie bzw. die Befürwortung einer Diktatur gemessen werden kann: „*Unter Umständen ist eine Diktatur die bessere Staatsform*“ und „*In der Demokratie geht vieles nicht so, wie man es sich wünscht, aber es gibt keine bessere Staatsform*“¹¹. Insgesamt finden sich nur Minderheiten, die eine antidemokratische Haltung aufweisen. 4,2 (Skalenwert -3) und 4,7 (Skalenwert -2) Prozent sagen, dass es eine bessere Staatsform als eine Demokratie gibt. In der alternativen Frage nach der Diktatur als besserer Staatsform verhält es sich ähnlich: 7,4 (Skalenwert +3) und 7,5 (Skalenwert +2) sehen in einer Diktatur eine Alternative.

Es stellt sich nun die Frage, wie groß das Potential derjenigen ist, die gleichermaßen eine Diktatur befürworten und eine Demokratie ablehnen. Denn das eine muss mit dem anderen nicht zwangsläufig gleichgesetzt sein. Bei der Kombination beider Aussagen kristallisieren sich sehr kleine Potentiale heraus, bei denen man von einer grundsätzlichen Ablehnung der Demokratie ausgehen kann, die also gleichermaßen die Demokratie ablehnen und eine Diktatur befürworten: 4,1 Prozent der Befragten können zum harten Kern der Demokratieablehner gerechnet werden; auf 7,1 Prozent beläuft sich das Potential derer, die als starke Ablehner qualifiziert werden können. Aufgrund der geringen Fallzahl sind weitergehende Analysen über die soziale und politische Zusammensetzung der Potentiale aber nicht möglich.

Betrachtet man getrennt diejenigen, bei denen sich eine Affinität zu einer Diktatur abzeichnet (15 Prozent der Befragten), so ergeben sich in dieser Gruppe auch erhöhte Zustimmungen zu Aussagen, die als extremistisch gewertet werden können, jedoch nicht eindeutig nach Rechts- bzw. Linksextremismus zu differenzieren sind.

Betrachtet man die Diktaturbefürworter separat, ergeben sich einige Zusammenhänge. Während die Diktaturbefürworter sozialstrukturell eher in allen gesellschaftlichen Gruppen gleich groß verteilt sind, neigen sie zu einigen Parteien stärker. In den Anhängerschaften der Linken (23 Prozent) und der rechtsextremen Parteien (35 Prozent) findet sich eine signifikant höhere Zustimmung als in den Anhängerschaften aller anderen Parteien. Ansonsten findet sich bei den Anhängern der Grünen noch eine überdurchschnittliche Zustimmung zur Diktatur mit 20 Prozent.

Vor allem dort, wo eine starke Sympathie zu linksextremen Positionen besteht, gibt es eine Neigung, auch eine Diktatur zu befürworten. Dies gilt bei denjenigen, welche die Utopie einer klassenlosen Gesellschaft befürworten. 25 Prozent der Diktaturbefürworter, würden auch eine klassenlose Gesellschaft begrüßen.¹² Ähnlich verhält es sich bei denen, die den Aussagen zustimmen „*Der Kapitalismus richtet die Welt zugrunde*“ (28 Prozent) und „*Die Reichen und Mächtigen verhindern, dass die Bürger ihren gerechten Anteil von dem bekommen, was sie erarbeitet haben*“ (26 Prozent). Doch auch ein dem Rechtsextremismus zuzuordnendes Item „*Ausländer und Asylanten sind der Ruin Deutschlands*“ erhält mit (23 Prozent) eine überdurchschnittliche Zustimmung. Dies alles sind Hinweise darauf, dass strukturelle Gemeinsamkeiten des Extremismus in Einstellungsstrukturen vorhanden sind.

EXTREMISTISCHE EINSTELLUNG UND DIE BEFÜRWORDUNG EINER DIKTATUR	
	Diktaturbefürworter
Utopismus/Chiliasmus	
Ich wünsche mir, dass die Menschen in Zukunft in der klassenlosen Gesellschaft leben können.	28
Ablehnung demokratischer Ordnung	
In der Demokratie geht vieles nicht so, wie man es sich wünscht, aber es gibt keine bessere Staatsform.	21
Modernisierungsverlierer	
Es macht mir Sorgen, dass ich durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens gerate.	20
Politischer Protest/Elitenkritik	
„Die da oben“ machen doch nur, was sie wollen.	22
Politik heute wird auf dem Rücken der kleinen Leute ausgetragen.	18
Populismus	
Es ist beschämend, wie mit den sozial Schwachen in der Gesellschaft umgegangen wird.	20
Verschwörungstheorien	
Die Reichen und Mächtigen verhindern, dass die Bürger ihren gerechten Anteil von dem bekommen, was sie erarbeitet haben.	26
Die meisten Menschen haben keine Ahnung, wie stark ihr Leben von geheimen Abmachungen und Plänen kontrolliert wird.	22
Die Arbeitslosigkeit wird nur durch die Profitinteressen des Großkapitals geschaffen.	27
Freund-Feind-Stereotype	
Die Ausländer und Asylanten sind der Ruin Deutschlands.	23
Der Kapitalismus richtet die Welt zugrunde.	28

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2007. Dargestellt sind die Werte +3 und +2 auf einer von +3 bis -3 reichenden Skala. Als Diktaturbefürworter wurden diejenigen ausgewiesen, die auf der Skala +3 und +2 angaben.

- 1| Die Umfrage wurde von GMS vom 10. bis 22. September 2007 durchgeführt. Es wurden in den alten Ländern 1.500 und in den neuen Ländern 500 Personen telefonisch befragt.
- 2| Die Analyse der Sozialstruktur und die Differenzierung nach alten und neuen Ländern haben keine signifikanten Befunde hervorgebracht, so dass im Weiteren auf eine gesonderte Analyse verzichtet wird.
- 3| 1997 nicht erhoben.
- 4| Alle Items wurden mit einer von +3 bis -3 reichenden Skala (inklusive ,0'-Punkt) gemessen.
- 5| Dargestellt sind die Werte +3 und +2 der Skala.
- 6| Als Anhänger werden diejenigen definiert, die bei der Sonntagsfrage die entsprechende Partei genannt haben. Die Nennungen für die rechtsextremen Parteien (NPD, DVU und REP) wurden zusammengefasst.
- 7| Die Partesympathieskala reicht von +5 bis -5; die Skala der extremistischen Items von +3 bis -3. Es werden Items besprochen, bei denen die Haltung in den extremistischen Potentialen um mehr als fünf Punkte abweicht.
- 8| Als Zustimmung werden die Werte +3 und +2 auf einer von +3 bis -3 reichenden Skala ausgewertet.
- 9| Um zu untersuchen, ob es zwischen der Sympathie für eine Partei und der Zustimmung zu einer Aussage einen Zusammenhang gibt, wurde eine Korrelation gerechnet. Der Koeffizient kann Werte von +1 bis -1 annehmen. Nimmt er bspw. den Wert +1 an, würde zwischen beiden Aussagen eine perfekte positive Korrelation bestehen. Mit dem Korrelationskoeffizienten werden ausschließlich lineare Zusammenhänge gemessen (je stärker ein Wert steigt, desto stärker steigt auch der damit in Relation gesetzte).
- 10| Werte unter .16 werden nicht dargestellt.
- 11| Antwortskala: von +3 bis -3 (stimme voll und ganz zu, stimme der Aussage überhaupt nicht zu).
- 12| Die Werte +3 und +2 wurden hierzu zusammengefasst (Gesamtskala +3- bis -3).

WÄHLERPOTENTIALE

Der seit Jahren sichtbare Trend der sinkenden Stammwählerschaften zeichnet sich auch in dieser Umfrage ab. 72 Prozent der Befragten können nicht als Stammwähler¹ einer Partei klassifiziert werden. Zehn Prozent können als Stammwähler der CDU/CSU identifiziert werden. Für die SPD sind es elf Prozent. Bei den kleinen Parteien, FDP, Grüne und PDS/Die Linke liegt das Stammwählerpotential bei jeweils ungefähr zwei Prozent.

Das maximal erreichbare Potential der Unionsparteien liegt 2007 bei 47 Prozent. Es setzt sich aus 66 Prozent zusammen, die auch eine Wahlabsicht zu Gunsten der Union äußern, 19 Prozent sind noch unentschlossen, jeweils vier Prozent würden die FDP oder die SPD wählen. Der Rest verteilt sich auf die anderen Parteien. In den alten Ländern kommt die Union auf 48 Prozent, in den neuen Ländern auf 39 Prozent.

Die SPD erreichte 2007 maximal 40 Prozent der Wahlberechtigten. Von diesem maximalen Potential sind 51 Prozent auch bereit, die Partei zu wählen. Zwölf Prozent würden die CDU/CSU wählen. 15 Prozent zeigen sich in der Wahlabsicht unentschlossen. Acht Prozent geben an, Die Linke wählen zu wollen. 41 Prozent des maximalen Potentials erreicht die SPD in den alten und 37 Prozent in den neuen Ländern.

Das maximale Potential der FDP liegt bei 20 Prozent. Davon haben 43 Prozent auch eine Wahlabsicht zu Gunsten der Partei. 20 Prozent würden die Union wählen. 21 Prozent sind unentschlossen. Dies setzt sich aus 20 Prozent im Westen und 18 Prozent im Osten zusammen.

Von insgesamt 21 Prozent des maximalen Wählerpotentials der Grünen sind 40 Prozent zur Wahlabsicht motiviert. Zehn Prozent würden Die Linke, elf Prozent die SPD und zwölf Prozent die CDU/CSU wählen. 22 Prozent sind sich bei ihrer Wahlabsicht noch unsicher. Im Westen haben die Grünen ein maximales Potential von 21 Prozent im Osten von 18 Prozent.

Das maximale Potential der Linken liegt bei 15 Prozent. Dies schöpft die Partei bei der Wahlabsicht zu 64 Prozent aus. Elf Prozent tendieren zur SPD, 19 Prozent antworten unentschlossen. In den alten Ländern können zwölf Prozent dazu gezählt werden, in den neuen Ländern liegt das maximale Potential bei 30 Prozent.

Alle rechtsextremen Parteien kommen zusammen auf ein maximales Potential von 3,4 Prozent. Davon sind 57 Prozent bereit, eine der Parteien bei einer Wahl zu unterstützen. 25 Prozent können über ihre Wahlabsicht keine Angaben machen. In den alten Ländern zählen maximal drei Prozent zu diesem Potential und in den neuen Ländern sind es sieben Prozent.

WÄHLERPOTENTIALE DER PARTEIEN							
	CDU (CSU)	(CSU)	SPD	FDP	GRÜNE	Die Linke.	REX*
Minimales Sympathie-Potential	20	7	21	7	11	7	0
Maximales Sympathie-Potential	33	20	30	15	18	11	3
Stammwählerschaft	10		11	2	2	3	-
Maximal erreichbares Wählerpotential	47		40	20	21	15	3
<i>Davon:</i>							
Neue Länder	39		37	18	18	30	7
Alter Länder	48		41	20	21	12	3

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2007

Anhänger: Bei Sonntagsfrage Partei genannt | Sympathisantenpotentiale: minimales Potential: größere Sympathie für genannte Partei | maximales Sympathisantenpotential: größere oder gleich große Sympathie für Partei | maximal erreichbares Potential: bei Sympathie, Recall, Sonntagsfrage oder Parteiidentifikation Partei genannt | Stammwählerschaft: sowohl bei Sympathie, Recall, Sonntagsfrage als auch bei Parteiidentifikation Partei genannt

* REX = rechtsextreme Parteien

WAHLMOTIVE IN DEN ANHÄNGERSCHAFTEN DER PARTEIEN

In der Umfrage haben wir nach den persönlichen Motiven für die Wahlentscheidung gefragt. Dabei zeigt sich, dass bei fast allen Anhängern nach wie vor weltanschauliche Motive dominieren. Nur für die Anhänger rechtsextremer Parteien ergibt sich eine davon abweichende Motivhierarchie, die wesentlich stärker Protestmotive beinhaltet als bei den Anhängerschaften aller anderen Parteien. Der bekannte Befund des Rückgangs der Stammwähler spiegelt sich auch in diesen Daten wider. Nur noch Minderheiten der Anhänger von Parteien stufen sich selbst als Stammwähler ein.

Im Einzelnen zeichnen sich vor allem die Anhänger der Unionsparteien durch eine starke ideologische Nähe aus. 76 Prozent geben an, dass sie die Unionsparteien unterstützen, weil diese ihrer Überzeugung am nächsten kämen. Etwa jeweils zwei Drittel der Anhänger der SPD, der Grünen und der Linken nennen weltanschauliche Nähe als Unterstützungsmotiv. Dicht gefolgt wird dieses Motiv von den Wahrnehmungen der präferierten Partei als diejenige, die „sagt, was falsch läuft“ und als die Partei, die sich um die Menschen kümmert. Im Unterschied zu der verbreiteten Meinung, lediglich bei der Linken handle es sich um eine Partei, die sich

um die Menschen kümmert, zeigt diese Umfrage, dass alle Parteien in ihren Anhängerschaften jeweils als „Kümmererparteien“ identifiziert werden. Die Linke hat damit bei dem Thema „kümmern“ kein Alleinstellungsmerkmal. Bei den Anhängern der FDP, aber auch den Anhängern der rechtsextremen Parteien wird dieses Wahlmotiv am seltensten genannt. Bei den Anhängern der Unionsparteien und der Linken wird es mit zwei Dritteln am häufigsten genannt. Somit ist die Dimension „kümmern“ nicht eindeutig einem politischen Leitbild zuzuordnen. Es spricht vieles dafür, dass „kümmern“ unterschiedlich wahrgenommen wird und verschiedene Handlungsweisen von Parteien damit assoziiert werden. Als bedeutendes Wahlmotiv kristallisiert sich auch die Wahrnehmung der bevorzugten Partei als diejenige heraus, die ihren eigenen Standpunkt abgrenzt und deutlich macht. Zwei Drittel der Anhänger der Linken und mehr als die Hälfte der Anhänger der Unionsparteien, der Grünen und der rechtsextremen Parteien sagt von sich „Ich wähle diese Partei, weil sie sagt, was falsch läuft“. Damit wird deutlich, dass es auch für diese Position kein Monopol der populistischen und extremistischen Parteien gibt.

Das Protestwahlmotiv wird vor allem von den Anhängern der rechtsextremen Parteien genannt. 27 Prozent geben an, diese Partei aus Protest zu wählen. Bei den Anhängern der Linken nennen noch zwölf Prozent das Protestmotiv. Bei den anderen Parteien ist es völlig unbedeutend für die Wahlentscheidung.

Verhältnismäßig unbedeutend ist die Selbstverortung als Stammwähler. Die beiden Volksparteien kommen noch auf einen Anteil von ca. einem Drittel bis ca. einem Viertel der eigenen Anhänger, welche angeben, die Partei immer zu wählen. Bei allen anderen Parteien sind die Nennungen noch niedriger.

Ein Indikator für die Wiederwahl einer Partei ist die Zufriedenheit mit der zuletzt getroffenen Wahlentscheidung. Hier schneiden die Unionsparteien am besten ab. Besonders enttäuscht sind die Anhänger der Grünen und der rechtsextremen Parteien. Bei der SPD, der FDP und der Linken sind vier von zehn Wählern mit ihrer Wahlentscheidung eher unzufrieden.

WAHLMOTIVE DER ANHÄNGER						
	CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNE	Die Linke	REX
Ich wähle diese Partei immer.	32	25	18	11	19	14
Ich wähle diese Partei aus Protest.	3	8	3	8	12	27
Ich wähle diese Partei, weil sie sagt, was falsch läuft.	55	49	48	54	66	55
Ich wähle diese Partei, weil sie meinen Überzeugungen am nächsten kommt.	76	67	59	66	67	46
Ich wähle diese Partei, weil sie sich um die Menschen kümmert.	66	60	49	55	66	41
Zufriedenheit mit der Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl						
Zufrieden	56	44	46	30	47	21
Enttäuscht	30	39	39	51	42	50

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2007.

1) Zur Bestimmung der Stammwählerschaft wurden vier Fragen herangezogen: Sympathie mit der Partei, Wahlabsicht bei der Sonntagsfrage, rückerinnertes Wahlverhalten (Recall) und die Parteineigung. Als Stammwähler werden diejenigen identifiziert, die bei jeder Frage die gleiche Partei nennen. Man könnte dieses Potential auch als Kernpotential der Parteien bezeichnen, also das Potential, auf das sie sich bei Wahlen verlassen können.

LITERATURVERZEICHNIS

- Adorno, Theodor W., 1982, *Studien zum autoritären Charakter*, Frankfurt a.M. (Original: *The Authoritarian Personality*, New York 1950).
- Arzheimer, Kai / Klein, Markus, 1997, *Die Wähler der REP und der PDS/DIE LINKE in West- und Ostdeutschland. Ein empirischer Vergleich*, in: Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Baden-Baden, S. 39-63.
- Arzheimer, Kai, 2005, *Die Wahl extremistischer Parteien*, in: Falter, Jürgen W. / Schoen, Harald (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden, S. 389-422.
- Arzheimer, Kai, 2008, *Die Wähler der extremen Rechten 1980-2002*, Wiesbaden.
- Backes, Uwe, 1989, *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*, Opladen.
- Backes, Uwe / Jesse, Eckhard, 1996, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn, 4. völlig überarb. und aktual. Ausgabe.
- Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (Hrsg.), 2006, *Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich*, Göttingen.
- Bergsdorf, Harald, 2007, *Die neue NPD. Antidemokraten im Aufwind*, München.
- Bergsdorf, Harald, 2008, *Die neue „Linke“. Partei zwischen Kontinuität und Kurswechsel*, Bonn.
- Brähler, Elmar / Niedermayer, Oskar, 2002, *Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung im April 2002*, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 6, Berlin/Leipzig.

- Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), 2008, *Verfassungsschutzbericht 2007*, Berlin.
- Decker, Oliver / Brähler, Elmar, 2006, *Vom Rand zur Mitte. Rechts-extreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Berlin.
- Eysenck, Hans Jürgen, 1968 (1954), *The Psychology of Politics*. London, 5. Aufl.
- Eysenck, Hans Jürgen, 1975, *Die Ungleichheit der Menschen*, München (Original: *The Inequality of Man*, London 1973).
- Falter, Jürgen W. (in Zusammenarbeit mit Markus Klein), 1994, *Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland*, München.
- Falter, Jürgen W. / Jaschke, Hans-Gerd / Winkler, Jürgen R., 1996, *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*, PVS Sonderheft 27/1996, Opladen.
- Falter, Jürgen W., 2000, *Politischer Extremismus*, in: Falter, Jürgen / Gabriel, Oscar W. / Rattinger, Hans (Hrsg.), *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*, Opladen, S. 403-433.
- Gurr, Ted Robert, 1972, *Rebellion. Eine Motivationsanalyse von Auf-ruhr, Konspiration und innerem Krieg*, Düsseldorf/Wien (*Why Men Rebel*, Princeton 1971).
- Hofstadter, Richard, 1964, *The Pseudo-Conservative Revolt*, in: Bell, Daniel (Hrsg.), *The Radical Right*, Garden City, S. 75-95.
- Infratest, 1980, *Wirtschaftsforschung, Politischer Protest in der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zur sozioempirischen Untersuchung des Extremismus*, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz.
- INTER/ESSE, 8/1998, *Rechtsextremismus in Deutschland, Wirtschaft und Politik in Daten und Zusammenhängen*, Bundesverband deutscher Banken (Hrsg.), Köln, S. 1-3.

- Jesse, Eckhard / Lang, Jürgen P., 2008, *DIE LINKE – der smarte Extremismus einer deutschen Partei*, München.
- Kaase, Max, 1971, *Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Wildenmann, Rudolf (Hrsg.), *Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik*, Bd. 2, München/Wien, S. 119-326.
- Kailitz, Steffen, 2004, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden.
- Kitschelt, Herbert, 1995, *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*, Ann Arbour.
- Klingemann, Hans Dieter / Pappi, Franz Urban, 1972, *Politischer Radikalismus. Theoretische und methodische Probleme der Radikalismusforschung, dargestellt am Beispiel einer Studie anlässlich der Landtagswahl 1970 in Hessen*, München.
- Lang, Jürgen, 2006, *Was ist Extremismusforschung? – Theoretische Grundlagen und Bestandsaufnahmen*, in: Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (Hrsg.), 2006, *Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich*, Göttingen, S. 41-86.
- Lipset, Seymour M., 1964, *The Sources of the Radical Right*, in: Bell, Daniel (Hrsg.), *The Radical Right*, Garden City, S. 307-372.
- Lipset, Seymour M. / Rokkan, Stein, 1967, *Party Systems and Voter Alignments*, New York.
- Lipset, Seymour M. / Raab, Earl, 1978, *The politics of unreason. Right-wing extremism in america, 1790-1977*, Chicago/London, 2. Aufl.
- Maier, Jürgen / Maier, Michaela / Rattinger, Hans, 2000, *Methoden der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*, München, Wien.
- Neu, Viola / Zelle, Carsten, 1992, *Der Protest von Rechts. Kurzanalyse zu den jüngsten Wahlerfolgen der extremen Rechten*, *Interne Studien*, Nr. 34/1992, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Bereich Forschung und Beratung, Sankt Augustin.

- Neu, Viola / von Wilamowitz-Moellendorf, Ulrich, 1998a, *Die DVU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 26.04.1998*, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Arbeitspapier, Sankt Augustin, Mai 1998
- Neu, Viola / von Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich, 1998b, *Ostdeutsche Wähler verfügen über nur schwach ausgeprägte Parteibindungen*, in: *Das Parlament*, Nr. 24, 5. Juni 1998.
- Neu, Viola, 2003, *Das Janusgesicht der PDS/DIE LINKE. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus*, Baden-Baden.
- Neu, Viola, 2004, *DVU-NPD: Perspektiven und Entwicklungen*, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Arbeitspapier Nr. 140/2004, Sankt Augustin.
- Niedermayer, Oskar / Stöss, Richard, 1998, *Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotential rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik im Frühsommer 1998*, Arbeitspapiere des Otto-Stammer-Zentrums, Nr. 1, Freie Universität Berlin, Berlin.
- Noelle-Neumann, Elisabeth / Ring, Erp, 1984, *Das Extremismus-Potential unter jungen Leuten in der Bundesrepublik Deutschland 1984*, Bonn.
- Pappi, Franz Urban, 1990, *Die Republikaner im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Protesterscheinung oder politische Alternative?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 40/B21, S. 37 ff.
- Sachsen-Anhalt-Monitor, 2007, Fürnberg, Ossip / Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias, *Sachsen-Anhalt-Monitor 2007. Politische Einstellungen zwischen Gegenwart und Vergangenheit*. Institut für Politikwissenschaft und Japanologie, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Schumann, Siegfried, 1990, *Wahlverhalten und Persönlichkeit*, Opladen.
- Schroeder, Klaus, 2006, *Expertise zu „Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland“*, Berlin.

- SINUS, 1981, *Fünf Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben...“*. Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek bei Hamburg.
- Stöss, Richard, 1989, *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung, Ursachen, Gegenmaßnahmen*, Opladen.
- Stöss, Richard, 2001, *Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Region Berlin-Brandenburg im Mai/Juni 2001*, Arbeitspapiere des Otto-Stammer-Zentrums, Nr. 4, Berlin.
- Stöss, Richard, 2005, *Rechtsextremismus im Wandel*, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Berlin.
- Thüringen-Monitor, 2006, Edinger, Michael / Hallermann, Andreas / Schmitt, Karl: *Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Thüringens Zukunft aus Bürgersicht: Erwartungen, Herausforderungen, Gestaltungsmöglichkeiten*, Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena, o.O, O.J.
siehe <http://www.thueringen.de/de/politisch/tm>
- Thüringen-Monitor, 2007, Edinger, Michael / Hallermann, Andreas / Schmitt, Karl: *Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Bildung in einer sich wandelnden Gesellschaft*, Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena, o.O, O.J.
siehe <http://www.thueringen.de/de/politisch/tm>
- Winkler, Jürgen R., 1996, *Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. Zur Stellung und Integration von Persönlichkeits- und Umweltfaktoren*, in: Falter, Jürgen W. / Jaschke, Hans-Gerd / Winkler, Jürgen R. (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*, PVS Sonderheft 27/1996, Opladen, S. 25-48.
- Winkler, Jürgen R., 2001, *Rechtsextremismus. Gegenstand – Erklärungsgrundsätze – Grundprobleme*, in: Schubarth, Wilfried / Stöss, Richard (Hrsg.): *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Opladen, S. 38-6

DIE AUTORIN

*Dr. Viola Neu ist Koordinatorin Wahl- und Parteienforschung,
Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
Berlin.*

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. Michael Borchard
Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin
Tel.: +49-30-2 69 96-35 50
E-Mail: michael.borchard@kas.de*

*Dr. Viola Neu
Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin
Tel.: +49-30-2 69 96-35 06
E-Mail: viola.neu@kas.de*

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

http://www.kas.de/publikationen/zukunftsforum_politik.html

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

gern schicken wir Ihnen unsere Veröffentlichungen auch zu. Bitte bestellen Sie mit dem umseitigen Vordruck.

Bis zu drei Exemplaren geben wir kostenlos ab. Ab vier Exemplaren berechnen wir eine Schutzgebühr (Bearbeitungs- und Versandkosten) von € 3,00 je Heft. Bei größeren Bestellungen ab 30 Exemplaren gewähren wir einen Rabatt, so dass jedes Heft dann € 2,00 kostet.

Bitte schicken Sie zusammen mit Ihrer Bestellung einen entsprechenden Verrechnungsscheck, Briefmarken oder Geld, erst dann können wir Sie beliefern.

Alle Studien – die aktuellen und vergriffenen – können Sie im Internet herunterladen.

Wenn Sie Fragen zu den Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung haben, erreichen Sie uns per E-Mail: publikationen@kas.de

Wir wünschen eine interessante Lektüre.

Ihr Publikationen-Team

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BESTELLUNG

Kurztitel	Heftnummer	Preis

* Bitte beachten Sie die umseitigen Lieferbedingungen.

Absender

Vor- und Zuname

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Datum / Unterschrift

Bitte bestellen Sie hier:
Konrad-Adenauer-Stiftung
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin

Fax: 0 22 41 / 2 46-2479
E-Mail: bestellung@kas.de

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 50 | Föderalismusreform: Föderalismus in Europa I
- 51 | Föderalismusreform: Föderalismus in Europa II
- 52 | Wie wird die Globalisierung heute beurteilt? – Ein Beitrag zu einer „rationaleren“ Diskussion
- 53 | Deutsche Außenpolitik im 21. Jahrhundert. Arbeitskreis Junger Außenpolitiker (*vergriffen*)
- 54 | Globalisierungsdebatte II: Positionen und Gegenpositionen
- 55 | Afrika realistisch darstellen: Diskussionen und Alternativen zur gängigen Praxis. Schwerpunkt Schulbücher (*vergriffen*)
- 56 | Von TIMSS zu IGLU – Eine Nation wird vermessen (*vergriffen*)
- 57 | Ideen für Berlin: Eine Synopse strategischer Entwicklungsvorschläge
- 58 | Jedes Kind zählt – Neue Wege der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung
- 59 | Christ sein in der Politik. Hermann Ehlers heute – anlässlich seines 100. Geburtstags
- 60 | Zur Krise und Reform der Universität
- 61 | Föderalismusreform – Vor der Reform ist nach der Reform? Eine erste Bilanz der Arbeit der Bundesstaatskommission
- 62 | Was die Gesellschaft zusammenhält. Plädoyer für einen modernen Patriotismus
- 63 | Aufbau oder Abriss Ost? Konzeptionelle Überlegungen zur nachhaltigen Stadtentwicklung in den neuen Ländern

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 64 | Föderalismus in Europa III
- 65 | Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland.
Auf dem Weg zur „Volksfront“?
- 66 | Sozialer Bundesstaat
- 67 | Ein Jahr nach der EU-Osterweiterung: Erste Erfahrungen, Probleme,
Aussichten
- 68 | Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung strukturschwacher
Regionen in Ostdeutschland
- 69 | Der deutsche Föderalismus im Reformprozess
- 70 | Wie lange dürfen wir arbeiten? Gesetzliche Altersgrenzen als
Verfassungsproblem
- 71 | Deutsch-russische „Strategische Partnerschaft“: Eine kurzsichtige
Strategie oder Handeln im Interesse Europas?
- 73 | Der „Bachelor“ – Anregungen zur aktuellen Studienreformdebatte
- 74 | Familienfreundliche Personalpolitik
- 75 | Auf dem Weg zu einem patientenfreundlichen Gesundheitssystem.
Liberalisierung des Pharmamarktes. Eine Ordnungsökonomische
Analyse und Implikation für den deutschen Pharmamarkt.
- 76 | Bessere Medizin zu bezahlbaren Preisen. Mehr Qualität und Effizienz
durch Wettbewerb. Plädoyer für die Stärkung des Bürgers im
Gesundheitswesen
Englische Ausgabe: Better Health Care at Affordable Prices
Higher Quality and Greater Efficiency through Competition.
Arguments for Strengthening the Citizen's Position in the Health
System

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 78 | Perspektiven der Innovationspolitik für die neuen Länder
- 79 | Sterbehilfe und selbstbestimmtes Sterben –
Zur Diskussion in Mittel- und Westeuropa, den USA und Australien
Englische Ausgabe: Euthanasia and self-determination in dying –
A review of the debate in central and western Europe, the United
States and Australia
- 80 | Dem Sterben einen Sinn geben
- 81 | Gesundheitskompetenz ausbauen
- 82 | Sozialer Bundesstaat – ein Spannungsfeld
- 83 | Stammzellforschung als politische Herausforderung
- 84 | Die Mitglieder der CDU – eine Umfrage der
Konrad-Adenauer-Stiftung
- 85 | Ethische Bewertungen der Stammzellforschung
- 86 | Probleme der Föderalismusreform in Deutschland – Der gegen-
wärtige Stand der Reformen und der Auftrag der Föderalismus-
kommission II
- 87 | Das Rechtsextreme Bündnis: Aktionsformen und Inhalte
- 88 | Die UNO-Leitlinien zur Dezentralisierung und Stärkung der
Kommunen | UN Guidelines on decentralization and the
strengthening of local authorities
- 89 | Deutschland in der Globalisierung – Auswirkungen und Handlungs-
ansätze für eine bessere Balance zwischen Gewinnern und Verlierern
- 90 | Die Entzauberung der Extremisten? – Erfolgsbedingungen der NPD
im internationalen Vergleich

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

91 | Schöpfungsglaube und Evolutionsbiologie

92 | Der „zweite Frühling“ der NPD – Entwicklung, Ideologie,
Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei

93 | Die Freien Wähler in Deutschland – Geschichte – Strukturen –
Leitlinien

94 | „Die Linke“ – Entstehung – Geschichte – Entwicklung

95 | Prävention bis ins hohe Alter

96 | „Die Linke“ – Bündnis- und Koalitionspolitik der Partei

97 | „Die Linke“ – Politische Konzeptionen der Partei

98 | Rechts- und Linksextremismus in Deutschland – Wahlverhalten und
Einstellungen